

# Holzarbeiter-Zeitung.

Zeitschrift für die Interessen aller Holzarbeiter.

Publikationsorgan des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

sowie für Krankenkassen derjenigen Berufe, welche dem Holzarbeiter-Verbande angehören.

Erscheint wöchentlich, Sonntags.  
Abonnementspreis M 1 pro Quartal, ohne Bringegeb. Post-Nr. 3470.  
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Verantwortlich für die Redaktion: A. Rüste, Hamburg;  
für die Expedition und den Anzeigenteil: S. Stubbe, Hamburg.  
Redaktion und Expedition: Hamburg-Gimsbüttel, Bismarckstr. 10.

Inserate  
für die viergespaltene Beilage oder deren Raum 40  $\frac{1}{2}$   
Bergigungsanzeigen und Stellenvermittlungen 20  $\frac{1}{2}$   
Versammlungsanzeigen 10  $\frac{1}{2}$ . Beilagen nach Uebereinkunft.

## Zur Beachtung!

Der Weihnachtsfeiertage wegen muß für die Nr. 52 unseres Blattes Redaktionsluß bereits am Montag Vormittag, den 23. Dezember, eintreten. Wir ersuchen unsere verehrlichen Korrespondenten, sich hiernach einrichten zu wollen.  
**Die Redaktion.**

## Lohnbewegung.

(Erfolgt nicht mindestens alle zwei Wochen eine nähere Mittheilung über den Stand des Streiks bezw. der Differenzen, streichen wir die Orte unter dieser Rubrik.)

- Zuzug ist fern zu halten von:
- Tischlern nach Jena (Bernst & Naumann), Schwedt (E. Schulz), Magdeburg (Firma Wurmsch), Langensalza (Scharienberg);
  - Tischlern, Drechslern und Maschinenarbeitern nach Schönlanke (A. Leby & Co.), Leipzig (Schlobach), Memel (Firma M. Schaaf & Co.);
  - Tischlern und Maschinenarbeitern nach Leipzig (Firma Waagner & Zinkeisen);
  - Drechslern nach Ringersheim i. Gf. (Stoßfabrik);
  - Korbmachern nach Düben (Kinderwagenfabrik);
  - Perlmutter-Knopfdrechslern nach Verga (Rob. Meier jr.);
  - Wärkmaschinen nach Lippstadt (Wiehe und Hoings);
  - Raummachern nach Berlin (Firma Gerson).

## Ein drohender Konflikt in der Berliner Holzindustrie.

Die Differenzen in der Berliner Holzindustrie sind, wie an anderer Stelle dieser Nummer ersichtlich, zwar vor dem Gewerbegericht als Einigungsamt entschieden und zwar zu Gunsten der Arbeitnehmer, damit ist aber noch nicht entschieden, ob sich die Tischlermeister und Holzindustriellen mit der Entscheidung einverstanden erklären werden. Die ganze Titelseite der „Fachzeitung“ nimmt eine Einladung der Arbeitgeber zu einer Versammlung am 9. Dezember, Abends, in den „Concordia Festjalen“ ein, die Stellung nehmen will zu der Entscheidung des Einigungsamtes vom 4. Dezember d. J. Eine Aufforderung, vollzählig zu erscheinen, wird damit begründet, daß die Generalversammlung über die hochwichtige Angelegenheit den entscheidenden Beschluß fassen soll.

Die Arbeitgeber sind mit dem Beschluß des Einigungsamtes nicht einverstanden, und doch läßt sich gegen dessen Richtigkeit gar nichts einwenden. Darnach hatten die Tischlermeister Geißler und Weinland, bevor sie an eine Reduzierung der Affordpreise herangingen, die Zusammenberufung der Ahtzehnerkommission veranlassen müssen. Ausdrücklich ist seinerzeit betont worden, daß diese Kommission eine Bürgschaft des Friedens sei, daß sie Streitigkeiten schlichtet und partielle Streiks verhüten solle; und zwar sollte sie nicht nur dort eingreifen, wo der festgesetzte Minimallohn von M. 24 nicht bezahlt würde, sondern sie sollte kompetent sein, auch in allen anderen Streitfällen, die sich aus dem am 20. März v. J. abgeschlossenen Vertrag ergeben würden, einzugreifen. Herr Bry erklärte damals nach dem Bericht über die Einigungsverhandlungen (siehe Nr. 13 der „Holzarbeiter-Zeitung“): „Die Ahtzehnerkommission ist das Fundament eines dauernden Friedens, ihre Thätigkeit solle den Erfolg haben, daß die partiellen Streiks aus der Welt geschafft werden.“

Wenn Herr Bry also damals der Meinung war, daß partiellen Streiks durch das Eingreifen der Kommission vorgebeugt werden solle, dann hätte Herr Weinland kein Recht, eine Handlung vorzunehmen, durch die der dauernde Friede gestört wurde, und ohne die Kommission zur Berathung zu ziehen. Heute er-

klären die Herren Holzindustriellen, daß der Punkt 2 des damaligen Vertrages von den Arbeitnehmern fälschlich so ausgelegt würde, als ob die über den Minimallohn hinausgehenden höheren Löhne für ewige Zeiten festgelegt seien. Es ist thatächlich auch unsererseits der Vertrag so aufgefaßt worden wie ihn das Einigungsamt aufgefaßt wissen wollte; wenn wir in dem Vertrag auch keine lebenslängliche Tarifgemeinschaft erblickten, so glaubten wir doch an einen langen Frieden, sonst würden wir, wenn nicht einmal die Garantie gegeben war, daß auf absehbare Zeit an den neugeschaffenen Verhältnissen nicht gerüttelt werden könnte, mit den ohnehin mageren Ertrugenschaften nicht sympathisirt haben. Gerade der oben zitierte Ausspruch des Herrn Bry hat uns in unserer Auffassung über den Umfang der Zugeständnisse in § 2 und die Kompetenz der Ahtzehnerkommission in § 3 befestigt und wir sind höchlichst erstaunt, daß die Herren ein solches Zugeständniß gar nicht gemacht haben wollen.

Daß die Geschäftskonjunktur inzwischen eine ungünstige geworden ist, war damals freilich noch nicht vorauszu sehen, aber daß sie eingetreten ist, ändert unseres Erachtens gar nichts an den Vereinbarungen. Diejenigen Berufe, für welche Tarife bestehen, können auch nicht kurzer Hand die festgesetzten Positionen über den Haufen werfen, sondern müssen sich daran halten in guter oder schlechter Geschäftszeit. Das Vorgehen der Berliner Tischlermeister zeigt, daß ihnen an einem längeren Frieden nichts liegt, den sie, wenn sie dem Entscheid des Einigungsamtes nicht zustimmen, dann auch nie haben werden, auch nicht in günstiger Geschäftsperiode. Es ist ganz selbstverständlich, daß, wenn die Herren mit allgemeiner Lohnreduzierung anfangen, seitens der Arbeiter bei der ersten günstigen Gelegenheit das Verlorene wieder zu erreichen gesucht würde, und dann wird der Zustand eintreten, daß nach Beendigung der Krise die Berliner Tischlermeister aus den partiellen Kämpfen nicht herauskommen. Was heute schon bei den Meistern Sorge hervorruft, nämlich die Konkurrenzunfähigkeit der Berliner Tischlerei gegenüber den Fabrikanten und Meistern in anderen Groß- und Kleinstädten, die wird dann zur Wahrheit werden. Wir meinen, daß mit der Herabsetzung der Affordpreise für die Konkurrenzfähigkeit der Berliner Tischlermeister nichts gewonnen ist; man wird ihr Beispiel in den durch die Berliner Konkurrenz gefährdeten Orten nachahmen, um gleichfalls billiger produzieren zu können, und das Verhältnis bleibt dasselbe. Die Herren Arbeitgeber sollten sich lieber einmal mit der Frage beschäftigen, wie man der Schundkonkurrenz am Orte selbst und auf dem Lande heikommen kann. Wir räumen ohne Weiteres ein, daß ein Arbeitgeber, dessen Produktionskosten höher sind als die eines anderen unter sonst gleichen Verhältnissen produzierenden Konkurrenten, einen schweren Stand hat; wird er aber infolge einer Lohnreduktion mit minderwerthigen, d. h. nicht eingearbeiteten, Leuten schaffen, dann dürfte die erhoffte Produktionskostensparniß in O, nichts ausgehen. Wir sind der Ueberzeugung, daß sich auch auf anderem Wege eine Besserung der wirtschaftlichen Misere, in der sich ein großer Theil der Tischlermeister befindet, herbeiführen ließe, wenn nur der Wille der Arbeitgeber vorhanden wäre. Wir haben schon öfter einen solchen Vorschlag gemacht, man hat ihn aber negirt, und wird allem Anscheine nach auch in Zukunft so weiter wursteln und jede geregelte Arbeitsgemeinschaft brüst von sich weisen. Anstatt daß die Führer in ihren Organen und Versammlungen sich in den ödesten Schimpfereien über die Arbeiter ergehen, mit ihrer ganzen Lungenkraft und dem ihnen eigenen Zungen-schlag für eine Knebelung ihrer Gesellen Feuer und

Flamme sind, mit allen Mitteln ihren saft- und kraftlosen Schutzverband aufzupäppeln suchen — sollten sie sich lieber mit den Führern der Arbeiterorganisation über die gemeinsam anzuwendenden Mittel zwecks Beiseitigung der Schundkonkurrenz besprechen und nach gangbaren Wegen suchen, die zu einem geachtlichen Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer führen könnten. Ueberall sind die Tischlermeister, wenn auch sehr gegen ihren Willen, in Innungen vereinigt worden; in noch mehr Orten sind Vereinigungen des Holzarbeiterverbandes und sonstiger Vereine der einzelnen Berufsbranchen. Es ließe sich also sehr wohl bei einigermaßen gutem Willen nicht nur ein in seinen Grundzügen einheitlicher Tarif für Löhne und Affordpreise, sondern auch für die verschiedenen Tischlereierzeugnisse schaffen. Leicht würde eine solche Arbeit nicht sein, aber sie wäre durchführbar. Erst wenn nach dieser Richtung hin gemeinsam gearbeitet wird, kann die Schundkonkurrenz eingebämmt und ein andauernder Friede geschaffen werden. Stete Herabsetzung der Löhne, einseitige Festsetzungen und Aenderungen der Arbeitsbedingungen können den den Arbeitgebern so gern gewünschten Zustand der Konkurrenzfähigkeit nicht bringen. Ein solches Umspringen mit den Gefellen kann aber auch das Vertrauen zu den Arbeitgebern nicht fördern, sondern wird konsequenterweise Erbitterung und Mißachtung herbeiführen und die letzte Folge ist ein unaufhörlicher Kampf, der beiden Theilen tiefe Wunden schlägt.

## Der ganze Umfang der Arbeitslosigkeit

als Wirkung der herrschenden Krisis ist mit einer einfachen Zählung der Arbeitslosen noch nicht erfasst.

So stellt auch die bisher veröffentlichte Zahl unserer Arbeitslosen vom 16. August nicht die ganze Summe der Noth und Entbehrungen dar, welche der schlechte Geschäftsgang über unsere Mitglieder gebracht hat. Vielmehr ist den direkt Arbeitslosen noch die weit größere Zahl derjenigen Affordarbeiter zuzuzählen, welche wegen mangelnder Aufträge des Arbeitgebers ihre Arbeitszeit nicht voll ausnützen können und allwöchentlich mit einem mehr oder weniger erheblich geringeren Verdienst nach Hause gehen müssen; ferner alle diejenigen, welche sich obendrein einen direkten Lohnabzug und dadurch bedingte Kürzung ihres Wochenverdienstes gefallen lassen müssen, weil die ungünstige Konjunktur in vielen Fällen einen Abwehrstreik von vornherein unmöglich macht. Andererseits suchen viele Unternehmer ihr Interesse auch dadurch zu wahren, daß sie bei Eintritt von Arbeitsmangel keine Arbeiterentlassungen vornehmen, sondern eine entsprechende Verzögerung des Arbeitstages eintreten lassen, einestheils in der Lohnwertigen Absicht, die Folgen der schlechten Zeit auf alle Arbeiter zu vertheilen, anstatt nur einzelne darunter leiden und zu Grunde gehen zu lassen, anderentheils aber gewiß auch deswegen, um sich auf diese Weise die eingübten Arbeitskräfte für alle Fälle möglichst zu sichern.

Die Zahl der Arbeitgeber, welche zu diesem Auskunftsmittel gegriffen haben, scheint uns in gegenwärtiger Krise eine erheblich größere zu sein, als in früheren ähnlichen Zeiten. Die Berechtigung dieser Annahme läßt sich jedoch nicht prüfen, weil von den früheren Krisen keine Aufzeichnungen hierüber vorliegen.

Mit unserer Arbeitslosenzählung vom 16. August jedoch haben wir bekanntlich auch eine diesbezügliche Erhebung verbunden gehabt. Die betreffende Frage des Zähl-scheines lautete: „Arbeiten Sie zur Zeit infolge schlechten Geschäftsganges mit reduzierter Arbeitszeit?“ Ferner wurde nach der Dauer der Arbeitswoche vor und nach der Reduzierung gefragt.

Die Zahl der Mitglieder, welche diese Frage mit Ja beantwortet, haben wir für jede Zahlstelle bereits in der



Zabelle in Nr. 47 veröffentlicht. Die Gesamtzahl beträgt 2512 Mitglieder, welche sich auf die einzelnen Berufe wie folgt vertheilen:

Table with 4 columns: Beruf, An der Zählung Beteiligte, Verkürzte Zeit Arbeitende, Gleich Prozent. Rows include Tischler, Drechsler, Würtelmacher, Stellmacher, Korbmacher, Korbschneider, Liverye, Weibliche.

Es waren also beinahe doppelt so viel Mitglieder, welche zur Zeit der Zählung mit verkürzter Arbeitszeit arbeiteten, als direkt Arbeitslose am 16. August vorhanden. Es betrug die

Zahl der Arbeitslosen am 16. August ..... 1394 Mitglieder, mit verkürzter Zeit Arbeitenden... 2542 Zusammen... 3936 Mitglieder.

Die folgende Zusammenstellung zeigt zugleich die Summe des Arbeitsverlustes, welche die Verkürzung des Arbeitstages, resp. der Arbeitswoche, für die beteiligten Mitglieder im Gefolge hatte:

Table with 2 columns: Die Verkürzung betrug pro Woche, Davon wurden betroffen. Rows show hours reduced (1-3, 4-6, 7-9, 10-12, 13-18, 19-24, über 24) and corresponding number of workers.

Insgesamt traf die 2517 Mitglieder, welche hierüber genaue Angaben gemacht, ein Arbeitsverlust von zusammen 28 910 Stunden pro Woche, das macht für den Einzelnen durchschnittlich 11 1/2 Stunden, oder rund 2 Stunden pro Tag. Stuttgart, 30. November 1901.

Der Verbandsvorstand.

Arbeitslosenzählung und Arbeitslosenunterstützung.

In Nr. 48 bringt der Vorstand den Mitgliedern das Resultat der Arbeitslosenzählung vom 16. August d. J. zur Kenntniß, das ist gut; nach meiner Ansicht ist es aber nicht richtig, daß der Vorstand die ganze Sache nur deshalb vorgenommen hat, um Propaganda für die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung in unserem Verbands zu machen; trotzdem die übergroße Mehrheit der Mitglieder von der Einführung nichts wissen will. Beweis: Die Verhandlungen und die Abstimmung auf dem letzten Verbandstage in Nürnberg.

Die meisten Kollegen haben, genau so wie ich, gedacht, die Arbeitslosenzählung ist nur zu dem Zweck veranstaltet worden, um festzustellen, inwieweit unsere Organisation durch die Krise in Mitleidenschaft gezogen wurde, oder noch wird, um darnach unser Verhalten bei Streiks, Lohnbewegungen, Lohnabzügen, Arbeitsverschlechterungen usw. einzurichten. Davon ist aber in der ganzen Zusammenstellung kein Wort gesagt, oder auch nur angedeutet worden. Jetzt stellt sich klar heraus, daß der Vorstand von vornherein garnicht die Absicht gehabt hat, in diesem von mir angebotenen statistischen Sinne die Frage der Arbeitslosigkeit zu untersuchen usw., sondern daß die ganze Zählung eben nichts Anderes war, oder bedeuten sollte, als der Mehrheit der Mitglieder, gegen ihren Willen, beweisen zu wollen, daß die Durchführung oder Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung in unserem Verbands möglich sei, und zwar mit der, nach Ansicht des Vorstandes, geringen Erhöhung des Wochenbeitrages um 10 J.

Dieses einseitige Vorgehen des Vorstandes ist geeignet, das Vertrauen der Mitglieder an die Unparteilichkeit desselben zu erschüttern und Unzufriedenheit in unsere Reihen zu bringen. Vorläufig will ich die Frage, ob durch Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung der Charakter unserer Organisation, als das, was sie sein soll, Kampfesorganisation, geändert wird oder nicht, garnicht erörtern, sondern zu dem Bericht des Vorstandes nur Einiges erwähnen.

In der Zusammenstellung auf Seite 2 Nr. 48, betreffend das prozentuale Verhältnis der Arbeitslosen in den kleinen, größeren und großen Zahlstellen, kommt der Vorstand zu dem Resultat, daß die Arbeitslosigkeit in den Zahlstellen bis zu 20 Mitgliedern so hoch, ja sogar noch höher sei, als in den Zahlstellen von 200-500 Mitgliedern. Ja, wenn das nur wahr wäre.

Nach dem dem Vorstande zurückgegangenen Fragebogen mag das wohl stimmen, aber rund 2 000 Mitglieder haben sich an der Zählung garnicht beteiligt und das ist beinahe der dritte Theil der Verbandsmitglieder überhaupt. Die Erfahrung bei den früheren statistischen Aufnahmen durch den Verband und zu lokalen Zwecken, zwingt uns, anzunehmen, daß gerade unter denen, welche die Fragebogen nicht ausfüllen, ein bedeutend größerer Prozentsatz Arbeitslos ist, als bei denjenigen, welche die Scheine ausfüllen, und zwar deshalb, weil die Arbeitslosen in den Arbeitsstellen nicht mitgezählt werden können, in den Wohnungen leben anzuerkennen und in den Versammlungen noch seltener zu sehen sind. Nun ist aber auch ohne Weiteres klar, daß in den kleinen und kleinsten Zahlstellen die Verwaltung zum weitest größten Theile ihre Mitglieder und deren Arbeitsverhältnisse genau kennt, und daß es dort eine Kleinigkeit ist, jeden arbeitslosen Kollegen auch mitzuzählen. Die heißt es aber mit der größeren Zahlstellen von 201-500 Mitgliedern? Ist eine einzige dieser Zahlstellen-Verwaltungen in der Lage, behaupten zu können: Wir haben an dem bestimmten Tage jedes Mitglied befragt und von jedem auch die richtige Antwort erhalten; ich erkläre: Nein. Gerade in diesen mittleren Zahlstellen sind solche statistische

Erhebungen mit bedeutenden Schwierigkeiten verknüpft, namentlich, wenn der Ort ein großer ist. Die Mitglieder kennen sich nicht gegenseitig, der Wechsel in den Arbeitsstätten ist ein großer, die Verwaltungsbeamten sind gezwungen, am Tage zu arbeiten, da müssen denn die Werkstattbelegirten und Zeitungsaussträger die Sache machen. Durch die Werkstattbelegirten werden aber nur die in Arbeit stehenden Kollegen gezählt. Die Zeitungsaussträger treffen aber auch nicht immer die Mitglieder zu Hause, da wird der Schein abgegeben und kommt nur selten richtig ausgefüllt zurück.

Beweis: Die Zählung in Görlitz; zirka 25 pzt. der Mitglieder haben die Fragebogen nicht zurückgebracht oder überhaupt keinen erhalten. Darunter befindet sich ein bedeutend höherer Prozentsatz Arbeitsloser als bei denjenigen, welche ihre Zettel richtig ausgefüllt haben, weil ein Theil, namentlich der jüngeren Kollegen während der Arbeitslosigkeit zu ihren Eltern aufs Land gehen und dort warten, bis sie event. wieder Beschäftigung gefunden haben. Daß anderwärts die Verhältnisse ähnlich liegen, beweist ja gerade die Zusammenstellung des Resultates durch den Vorstand, darnach haben ja sogar zirka 30 pzt. der Mitglieder keinen Fragebogen beantwortet. Nur aus diesem Grunde ist es zu erklären, daß das Prozentverhältnis der Arbeitslosen in den größeren und großen Orten, nach der Zusammenstellung, ein solch günstiges ist.

Nun zu der Berechnung: Welcher Betrag ist nothwendig, um die Arbeitslosen-Unterstützung in unserem Verbands einzuführen?

Nach den durch die Zählung so günstig erhaltenen Zahlen würde nach dem Ergebnis vom 16. August d. J. ein Wochenbeitrag von genau 7% J. genügen. Nach dem Resultat vom 15. Februar d. J. genügen 12 1/2 J., ergibt im Durchschnitt 10 1/2 J. Nun steht aber im letzten Abjah der Zusammenstellung mörklich folgendes:

Nun haben wir bei der Veröffentlichung des Ergebnisses vom 15. Februar schon nachgewiesen, daß die Arbeitslosigkeit am 15. Februar niemals als ein Durchschnittsverhältnis gelten könne. Wir schrieben: „Erst wenn von unseren 70 630 Mitgliedern 47 000 Mitglieder innerhalb eines Jahres je 28 Tage arbeitslos wären, würde sich ein Durchschnittsverhältnis ergeben, welches demjenigen vom 15. Februar entspräche.“

In dieser Rechnung ist nur ein kleiner Fehler, und das ist, daß die Geschichte nicht stimmt.

47 000 Mitglieder im Jahre 28 Tage arbeitslos, sollten die niedrigste Unterstützung erhalten. 28 Tage sind vier Wochen, da geht die erste Woche ab, da giebt es nichts, da bleiben nur noch 47 000 mal 3 Wochen à 6, ergibt die Kleinigkeit von 18 x 47 000 = 846 000, diese Summe aufzubringen, sollte ein Beitrag pro Woche und Mitglied von 12 1/2 J. genügen? 70 630 Mitglieder 52 Wochen à 12 1/2 J. ergibt 459 195. Davon gehen ab erstens 47 000 mal 4 Wochen à 12 1/2 J., gleich 23 500 Beitragbefreiung der Arbeitslosen, zweitens 20-25 pzt. der gesamten Beiträge überhaupt, so daß bei einer Erhöhung des Beitrages um 12 1/2 J. pro Woche in runder Summe höchstens 800 000 Mehreinnahme, also der Fonds sein würde. Nach den Berechnungen des Vorstandes wären aber 846 000 Unterstützung zu zahlen, da müßte genau dreimal so viel pro Woche erhoben werden, das wäre 3 x 12 1/2 = 37 1/2 J., 25 J. bezahlen wir jetzt, dann 62 1/2 J. pro Woche.

Nun kommt aber noch die Ausgabe für die Verwaltung dazu.

Bekanntlich haben die Metallarbeiter die Arbeitslosen-Unterstützung eingeführt, um ein Beispiel anzuführen, nehme ich die Leipziger Zahlstelle des Metallarbeiter-Verbandes, da sind im vorigen Jahre 14 000 zu diesem Zweck eingenommen, 10 000 Unterstützung ausgezahlt und 20 pzt. Verwaltungslosten, das ist von jedem zur Arbeitslosen-Unterstützung aufgebraucht 100 M 20 Verwaltungslosten.

Was hier für Leipzig eingetroffen ist, wird bei uns nicht billiger sein, in allen Orten müssen wir dann ständige Beamte oder zum Mindesten Kontroleure haben, und dieses ist nach meiner Auffassung gerade keine verlockende Aussicht. Und warum dieses Alles? Auf daß wir bei einer uns betreffenden Arbeitslosigkeit die erste Woche garnichts und dann im besten Falle auf einige Wochen pro Woche 6 in Aussicht stellen haben. Das ist ungefähr derselbe Betrag, den die berühmte Invalidenversicherung auswirft. Zum Leben zu wenig, zum Sterben zu viel.

Karl Lindner, Görlitz.

Der Bericht des Fabrikinspektors für das Herzogthum Sachsen-Altenburg im Jahre 1900.

Früher gehörte der Bericht des Altenburger Fabrikinspektors Böhmisch, der auch die Aufsicht im Bergrevier und die Dampfseilerrevisionen im ganzen Herzogthum vorzunehmen hat, zu den besten Gewerbeaufsichtsberichten. Es mußte rückhaltlos anerkannt werden, daß Herr Geweberath Böhmisch zu denjenigen, leider so dünn gesäten Beamten gehört, die mit einem offenen Blick die Lage übersehen, streng objektiv bei ihrer Berichterstattung verfahren und nicht davor zurückschrecken, Mißstände öffentlich in genügender Weise zu kennzeichnen. Jetzt ist dies anders geworden, man kann sich nicht mehr in dieser Weise lobend über den Bericht aussprechen, der Bericht ist diesmal nach jeder Richtung hin so mangelhaft wie möglich und es fällt namentlich die große Kürze und weiße Vorität auf, mit der bei der Berichterstattung vorgegangen ist, so daß garnicht zu viel gesagt ist, wenn man behauptet, daß man sich für diesesmal die Drucksachen ruhig hätte sparen können. Es ist aber nun einmal so, sobald dem Scharfmacherthum etwas nicht so recht in den Kram paßt, sucht es dasselbe zu bejammern und damit ihrer Machtstellung, die es gegenüber der Arbeiterschaft heute noch hat, war das zweifellos für sie ein Leichtes, dahin zu wirken, daß nun wohl die sämtlichen Fabrikinspektorenberichte in recht gedrängter Kürze und sehr vorzüglicher Form vor der Öffentlichkeit erscheinen.

Die Zahl der gewerblichen Betriebe, soweit sie der Aufsicht unterstellt waren, betrug 523 mit 22 343 Arbeitern. Es

hat demnach eine Zunahme der Arbeiter von 839 Köpfen stattgefunden, während die Anzahl der Betriebe um 16 gesunken ist. Davon wurden revidirt 409 Fabriken mit 18 939 Arbeitern, im Vorjahre 412 Betriebe mit 17 570 Arbeitern, und zwar 5 in der Nacht und 25 an Sonn- und Feiertagen, drei- oder mehrmal wurden 19 Betriebe revidirt, Unfalluntersuchungen wurden 37 vorgenommen, in der Gruppe 12, Industrie der Holz- und Schnitzstoffe, der Revisionszabelle sind von den vorhandenen 70 Betrieben 65 der Revision unterzogen worden. Die Gesamtzahl der beschäftigten weiblichen Arbeiter betrug 5056 gegen 4887 im Jahre vorher, trotzdem in der Textilindustrie ein Rückgang von 120 Arbeiterinnen zu verzeichnen war. Ueberstunden haben die Arbeiterinnen nicht weniger als 13 694 gemacht, was einer Steigerung um 100 Prozent gleichkommt. Der Bericht bemerkt hierzu: „Besonders hervorzuheben ist der Unterschied in Gruppe 12, Industrie der Holz- und Schnitzstoffe, die im Vorjahre mit 3820 Ueberstunden verzeichnet war, dieses Mal nur 150 aufweist. Es erklärt sich das aus dem außerordentlich flauen Geschäftsgange in der Steinnußknopfindustrie.“ In Bezug auf die verbesserten Betriebseinrichtungen und Anschaffung neuer Maschinen, die in größerer Anzahl aufgestellt wurden, sagt der Bericht indessen nichts. Man kann aber daraus ersehen, wie schlecht die Arbeiterinnen entlohnt werden. Jugendliche weibliche Personen werden 294 oder 1,3 pzt., jugendliche männliche 814 oder 3,6 pzt. beschäftigt. Ein Fabrikbesitzer wurde mit 15 bestraft, weil er stillschweigend gestattet hatte, daß ein noch schulpflichtiger Knabe, dem in der Fabrik beschäftigten Vater bei der Arbeit regelmäßig an die Hand ging. Sonst sind noch vier Arbeitgeber bestraft worden, weil sie jugendliche Arbeiter beschäftigt hatten, die garnicht im Besitz eines Arbeitsbuchs waren.

Ueber die Nothwendigkeit der Einschränkung der Kinder- ausbeutung heißt es in dem Bericht wörtlich: „Die Ergebnisse der Erhebung vom Jahre 1898 über die gewerbliche Kinderarbeit außerhalb der Fabriken, wonach das Herzogthum Sachsen-Altenburg mit einem Prozentsatz von 19,24 der sämmtlichen schulpflichtigen Kinder unter allen deutschen Bundesstaaten an zweithöchster Stelle steht, haben die Regierung veranlaßt, erneute Untersuchungen einzuleiten, die zu einem Abschluß noch nicht gekommen sind, aber schon jetzt derart unglückliche Verhältnisse ergeben haben, daß ein gesetzgeberisches Eingreifen zwingende Nothwendigkeit ist.“ Also man weiß bis heute noch nicht, wie weit die im Jahre 1898 gemachten Erhebungen gediehen sind, und deshalb wird es wohl auch noch lange dauern, bis man endlich einmal etwas Positives auf diesem Gebiete erleben wird. Die Fabrikanten können jedenfalls unbesorgt sein, daß man ihnen so leicht nicht zu nahe tritt, freilich, wenn es sich um etwas Anderes handelte, würde man schon nicht so furchtbar mühselig vorwärts kommen. Als regelmäßige tägliche Arbeitszeit kann man, sagt der Bericht, im Durchschnitt die zehnstündige annehmen. In den Ziegeleien, ebenso in den Betrieben der Textilindustrie ist die elfstündige noch die allgemein übliche, ja sie geht sogar, namentlich in den Wurfabriken, noch über diese Höhe hinaus und erreicht dort die ganz unvernünftige Länge von 14 Stunden. Mit Ueberstunden in größerem Umfange hat man nur auf den Braunkohlengruben und in den Stützfabriken gearbeitet, während die übrigen Industriezweige fast allenthalben gezwungen waren, die Arbeitszeit zu verkürzen, ja sogar bis zwei Tage in der Woche feiern zu lassen. Wegen die Bestimmungen der Gewerbeordnung über die Sonntagsruhe würde noch vielfach verstoßen, besonders sei die Führung des im § 105 c Abs. 2 geforderten Verzeichnisses noch eine recht lässige. Aber nicht nur gegen die formellen, sondern auch direkt gegen die gesetzlichen Bestimmungen wird oft verstoßen. Vier Arbeitgeber sind deshalb gerichtlich und drei polizeilich bestraft worden, es kann aber auf Grund der Erfahrungen ruhig angenommen werden, daß die große Menge Vergehen nicht zur Kenntniß des Beamten gelangt.

Die Lohnverhältnisse sind die gleich ungünstigen geblieben. Auf Anregung der Gewerkschaften seien die Arbeiter verschiedener Gewerkschaften an ihre Arbeitgeber herangefahren, und haben eine Erklärung über die Stellung verlangt, welche die Letzteren zu der Bestimmung im § 613 des B. G. B. einnehmen. Diese Anregung hätte nun einige Arbeitgeber veranlaßt, deutliche Festsetzung in die Arbeitsordnung aufzunehmen. Jedenfalls eine Festsetzung der Art, wonach die Arbeiter auf jedwede Entschädigung Verzicht leisten, die Unternehmer pfeifen ganz einfach auf die Gesetzesparagrafen. Hier hätte der Beamte die Handlungsweise der Herren Fabrikanten näher kennzeichnen sollen, die Arbeitgeber sind ja sonst gleich dabei, wenn sie den Arbeitern vom Lohne abzuziehen oder ihnen denselben durch Abzüge für Rohmaterialien, Strafen und sonstige Ver-ringerungen können. Geldstrafen wurden 7629 Arbeitern in 66 Betrieben in Höhe von 1692,20 abgezogen. Wegen Kontraktbruches haben 33 Arbeiter Lohnbeträge in der Höhe von 178,53 vertwirkt; die 33 Mann vertheilen sich auf 11 Fabriken mit insgesamt 1439 Arbeitern und zwar seien im größeren Umfange die Bergarbeiter kontraktbrüchig ge-



worden, obwohl dieselben unserer Meinung nach vollkommen in ihrem Rechte waren, denn die Grubenverwaltungen waren sehr wohl in der Lage, eine so geringfügige Lohn-erhöhung, wie sie die leider schlecht organisierten Bergarbeiter wollten, zu bewilligen, werden doch dort Dividenden in Höhe von 35 pSt. gezahlt. Freilich langt's da für die armen Arbeiter nicht zu. Arbeitsordnungen sind in 244 Betrieben erlassen.

Das fünfte Rad am Wagen sind die Arbeiterausschüsse, die zwar in 49 Fabriken bestehen, jedoch in ihrer Tätigkeit nirgends bemerkenswert hervortreten, so daß ihnen irgend welche Bedeutung nicht beizumessen ist. Ja, das liegt aber nicht an den Arbeiterausschüssen, sondern an der Prozenhaftigkeit des Unternehmertums, das sich den Druck darum kümmert, was die Arbeiter beschließen, und welches den ganzen Arbeiterausschuß unbeachtet läßt. Uns ist ein Fall bekannt, wo der Unternehmer ein Mitglied des Arbeiterausschusses überhaupt nicht mehr mit vorlieb, um die Wünsche der Kollegen anzuhören. Der Mann wäre ihm zu grob und solle nicht wieder in das Komptoir kommen; wenn sich dann wenigstens die Fabrikanten von selbst bemühten, Mißständen abzuwehren. Die Zahl der Unfälle belief sich auf 747, mithin 28 mehr als im Vorjahre, bei 44 davon war eine Erwerbs-unfähigkeit von über 18 Wochen die Folge, bei einem dauernde Erwerbsunfähigkeit, und bei 11 Personen war der Tod die Folge des Unfalles. Am stärksten war der Bergbau an den tödlichen Unfällen beteiligt, eine nähere Spezifizierung fehlt indessen.

Der Gesundheitszustand der Arbeiterschaft ist nach dem Bericht normal gewesen, also nicht wesentlich schlechter, als in den Vorjahren, denn die Schwindsucht hat in letzter Zeit reiche Ernte gehalten. In den Porzellanfabriken und namentlich in der stärksten Industriestadt des Herzogthums, in Schmöln, ist es noch Sitte, daß sich die Arbeiter ihre eigene Lampe, und wo dies nicht der Fall, das Petroleum kaufen müssen, also ihren Arbeitsplatz auf ihre eigenen Kosten beleuchten. Nun wird aber im § 120a der Gewerbeordnung bestimmt, daß der Unternehmer für genügendes Licht selbst zu sorgen hat. Die organisierten Porzellanarbeiter in Rahlä und Eisenberg waren nun dahingehend mehrfach bei ihren Arbeitgebern vorstellig geworden. Der Fabrikinspektor sagt aber, daß er diesen Ansichten nicht beipflichten mag, der § 120a, der über die Regelung des Betriebes allgemeine Vorschriften aufstellt, fordert zwar ganz richtig von dem Arbeitgeber, daß er für genügendes Licht Sorge zu tragen habe, und es unterliege keinem Zweifel, daß damit sowohl das natürliche wie das künstliche Licht gemeint sei. Andererseits erscheint es mit dieser gesetzlichen Bestimmung durchaus vereinbar, wenn der Unternehmer dort, wo es aus praktischen oder aus sonstigen stichhaltigen Gründen angebracht erscheint, seiner Verpflichtung in dieser Weise nachkommt, daß er mit dem neuantretenden Arbeiter die Beschaffung einer ausreichenden Lichtquelle, ihre Speisung und Unterhaltung vereinbart. Einer solchen Ansicht, nach der dem Arbeiter unter allen Umständen aus einer alten Gewohnheit die Pflicht zur Beschaffung des Lichtes auferlegt wird, können wir auf keinen Fall beipflichten. Von dem Unternehmerstandpunkte kann man ein solches Verlangen noch begreiflich finden, von einem Fabrikinspektor aber sollte man denn doch ein anderes Urtheil erwarten, wir meinen, daß der § 120 a der Gewerbeordnung deutlich genug ist.

Ueber die wirtschaftliche Lage der Arbeiter sagt der Bericht, daß die Arbeiter unter der allgemeinen geschäftlichen Depression naturgemäß zu leiden haben. Wenn auch Lohnkürzungen in nennenswerthem Umfange nicht eingetreten sind, so brachte die Beschränkung der Produktion doch verminderte Arbeitsgelegenheit und damit geringeren Verdienst. Immerhin scheinen die Verhältnisse bei uns noch günstiger als in den Nachbarbezirken gelegen zu haben, denn die Arbeitslosen, die besonders in den letzten Monaten des vergangenen Jahres allenthalben in auffällig großer Zahl auftauchten, stammten zum großen Theile aus den industriellen Städten und Ortschaften des Königreichs Sachsen. Arbeiterentlassungen haben zwar in einigen Fabriken auch hier stattgefunden, aber doch nur in bescheidenem Umfange, andererseits konnten die Braunkohlengruben ihren Bedarf an Arbeitskräften bis zum Schluß des Jahres kaum decken. In der Holzindustrie, zu der auch die Knopf- und die Bürstenfabriken gehören, waren im Dezember 1900 zusammen 5262 Personen beschäftigt, davon entfallen nur 234 auf Bürsten- und Pinselmachereien, während das Gros direkt in der Holzbranche beschäftigt ist. Weibliche Personen werden 463 beschäftigt, ungefähr die Hälfte verheirathet und die Hälfte ledig. Im Holzarbeiterverband sind von den rund 5000 Arbeitern ganze 600 organisiert, eine Zahl, die jedenfalls zeigt, daß wir erst im Anfang unserer Agitationsarbeit stehen. Was könnte nicht schon geleistet werden für die Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse, wenn wenigstens nur die Hälfte der angeführten Arbeiterzahl sich im deutschen Holzarbeiterverbande organisiert hätte. Gerade die Organisation ist bei einem wirtschaftlichen Niedergang der kräftigste Anhalt für die Arbeiter. Darum muß auch von den Vertretern der Organisation Angehörigen

Alles gethan werden, die große Masse der Indifferenten aufzurütteln, sie ihrem Pflichtbewußtsein nahe zu bringen, überall die Ortsverwaltungen darauf hinweisen, wo Kollegen für den Verband zu gewinnen sind, bei nur sich bietender Gelegenheit müssen die Arbeiter für die Organisation interessiert werden. Vielleicht wäre es auch von großem Nutzen, kombinierte Versammlungen mit geeigneten Thematiken, ähnlich wie es die Metallarbeiter machen, abzuhalten. Der Bericht beweist, daß wir sehr emsig thätig zu sein haben.

**Die Berliner Tischler vor dem Einigungsamt.**

In den beiden Tischlereien von Geißler und Weinland in Berlin sind die Akkordpreise reduziert worden. Die dort beschäftigten Kollegen versuchten den Abzug abzuwehren. Nach mehrmaligen Vorverhandlungen wurde die Auktzählerkommission angerufen. Bei Beginn der Verhandlungen derselben erklärten die Vertreter der Unternehmer, die Angelegenheit gehöre nicht vor die Auktzählerkommission. Die Verhandlungen endigten damit, daß auf Antrag der Arbeitervertreter beschlossen wurde, das Einigungsamt des Gewerbegerichts anzurufen, um eine Entscheidung herbeizuführen, ob in solchen Fällen die Auktzählerkommission kompetent sei. Das Einigungsamt trat, wie schon in voriger Nummer gemeldet, am 4. Dezember zusammen.

Die Sitzung fand im Bürgersaal des Rathhauses statt unter dem Vorsitz des Gewerbegerichts-Direktors v. Schulz. Als Vorsitz fungierten die Arbeitgeber Bernhard und Maß, sowie die Arbeitnehmer Koblenzer und Massini.

Glode führte als Vertreter der Arbeitnehmer aus: Die im Frühjahr vorigen Jahres getroffene Vereinbarung besage, daß der Lohn, sowie die Abschlagszahlung bei Akkordarbeit mindestens M 24 betrage, und daß günstigere Arbeitsbedingungen, welche vor dem Abschluß des Vertrages vorhanden waren, auch ferner bestehen bleiben müssen. — Aus diesen Bestimmungen folge, daß den Arbeitern ein gewisser Mindestlohn garantiert werde, der unter keinen Umständen herabgesetzt werden dürfe. Bei den vorjährigen Einigungsverhandlungen sei ausdrücklich betont worden, daß auch die Arbeitgeber eine gewisse Gleichstellung der Akkordlöhne wünschen und daß sie die Arbeiter in der Bekämpfung der Schuldunkuruzung unterstützen würden. Jetzt, seit dem Beginn des schlechten Geschäftsganges, würden die Akkordlöhne herabgesetzt. Die Arbeiter sind der Meinung, daß dies nach dem Wortlaut aus dem Sinne der Einigungsbedingungen unzulässig ist. Diese Auffassung sei auch bis vor Kurzem garnicht bestritten worden. Erst jetzt, wo die Herabsetzung der Akkordlöhne immer häufiger vorkomme, erkennen die Arbeitgeber die Auffassung der Arbeiter nicht als zutreffend an. In der Auktzählerkommission konnte wegen dieser Meinungsverschiedenheit keine Einigung erzielt werden, und deshalb haben die Arbeitnehmer das Einigungsamt angerufen, damit dasselbe eine authentische Auslegung der strittigen Vertragsbestimmung gebe.

Als Vertreter der Arbeitgeber sprach Brh. Nach der Ansicht seiner Kollegen sei der Wortlaut des Vertrages so klar, daß eine Auslegung garnicht erforderlich sei. Die Auktzählerkommission sei eingesetzt worden, um da in Funktion zu treten, wo M 24 Lohn oder Abschlag nicht bezahlt oder verdient werden. Es sei aber nicht ihre Aufgabe, darüber zu wachen, daß die bestehenden Akkordlöhne nicht gekürzt werden. Eine Tariftgemeinschaft sei zwischen den Arbeitnehmern und Arbeitgebern nicht abgeschlossen worden, sondern nur eine Vereinbarung zur Beilegung des Streiks. Die Auktzählerkommission habe sich auf Antrag der Arbeiter zwar öfter mit Lohnstreitigkeiten befaßt, obwohl sie nicht dazu verpflichtet sei. Sie habe es im Interesse des Friedens gethan. Jetzt aber, wo der geschäftliche Niedergang eingetreten sei, könne die Organisation der Arbeitgeber ihre Mitglieder nicht mehr hindern, Lohnabzüge zu machen. Die Organisation habe das zu verhindern gesucht, aber es gehe jetzt nicht mehr. Die Arbeitgeber seien der Meinung, daß ihr Verdienst schon seit 1896 nicht mehr in dem rechten Verhältnis zum Arbeitslohn stehe, und deshalb ließen sie jetzt Herabsetzungen der Akkordlöhne eintreten. Dagegen lasse sich nichts machen. Von einer Festlegung der Akkordlöhne sei bei der vorjährigen Vereinbarung gar keine Rede gewesen. Es wäre ja auch unbillig, wenn man von den Arbeitgebern verlangen wollte, daß sie für ewige Zeiten an den bestehenden Löhnen festhalten sollen. Der Vertrag hindere die Arbeitgeber nicht, die Löhne herabzusetzen.

Nach eineinhalbständiger Berathung fällt das Einigungsamt folgenden Spruch:

1. Das Einigungsamt war, als der Entwurf des Vergleiches vom 20. März 1900 den Parteien vorgelegt wurde, der Ansicht, daß die Auktzählerkommission sich nicht beschränken würde, nur in den Fällen, in denen eine geringere Abschlagszahlung als M 24 von den Meistern gewährt würde, die Schlichtung vorzunehmen. Es wurde damals von dem Einigungsamte vielmehr vorausgesetzt, daß von der Auktzählerkommission auch alle übrigen Streitigkeiten von Wichtigkeit, welche im Tischlergewerbe zwischen Meistern und Arbeitern vorkommen und zu Ausperrungen und Ausstellungen führen könnten, vor ihr Forum gezogen werden würden.
2. Unter den günstigeren Arbeitsbedingungen des Vergleiches unter II sind nach Ansicht des Einigungsamtes alle diejenigen Arbeitsbedingungen zu verstehen, welche vor Abschluß des Vergleiches in einzelnen Werkstätten des Gewerbes galten.
3. Das Einigungsamt ist ferner der Ansicht, daß Aenderungen der Löhne, in welcher Art sie auch beabsichtigt sein mögen, so lange der Vergleich Gültigkeit besitzt, durch Verhandlungen und Urtheben der Parteien vor die Auktzählerkommission, und wenn dort eine Einigung nicht erzielt wird, vor dem Einigungsamte herbeigeführt werden müssen.
4. Das Einigungsamt glaubt nach fester Ueberzeugung den Parteien anrathen zu müssen, im Wege der privaten Verhandlung sich über Meinungsverschiedenheiten bezüglich der Lohnverhältnisse zu verständigen.

**Eine Musterfirma.**

Nicht nette Zustände herrschen bei der, mit dem Mantel der Humanität umfledelten Firma J. C. Otto, Besitzerin einer Möbel- und Stuhlfabrik in Fürth und einer Möbelfabrik in Nürnberg. Von dem Werkmeister dieser Firma wurde den Arbeitern immer gesagt, daß in der anderen Fabrik billiger gearbeitet werde. Um dieser Erklärung auf den Grund zu gehen, fand eine gemeinsame Besprechung der Fürther und Nürnberger Arbeiter statt. Dort stellte sich, wie vorauszusehen, die Rederei der Werkmeister als Klunkererei heraus. Bei der humanen Firma Otto ist eben die bei den Unternehmern so beliebte Laktik, die Arbeiter gegen einander auszuspielen, Praxis. Aber nicht nur das, auch sonst herrschen Zustände, die es nothwendig machen, sie öffentlich zu besprechen. — Arbeiter, welche mehr als 30 Jahre ihre Knochen in dem Betrieb zu Markte trugen, werden, wenn sie einige Wochen krank waren, vier bis fünf Mal in's Komptoir gesprengt, bis ihnen die Gnade zu Theil wird, wieder anfangen zu dürfen, aber obendrein noch mit dem Bedenken, daß ihr Lohn künftig höchstens M 3 weniger beträgt, so lohnt der Herr Otto seine alten Arbeiter. — Andere wieder, welche auch an die 20 Jahre im Betrieb geschuftet haben und als gute Schreiner bekannt sind, werden mit M 14 wöchentlich abgeseift und schließlich haben die Arbeiter bei den miserablen Akkordpreisen noch Schulden. Das heißt, sie müssen, um nur einigermaßen leben zu können, Vorschuß nehmen und gerathen so immer tiefer in die Linte. Hat nun so ein Armer das Bestreben, diese Last abzuschütteln, indem er Feierabend macht, flugs ist der gütige Herr Otto auf dem Gewerbegericht und der Sünder wird gewöhnlich verknurrt, die strittige Summe zu zahlen. Zahlt er nicht willig, holt sich's die Firma mit Hilfe des Gerichtsbollziehers. Hier fällt uns eben ein Fall ein, wo es sich bei solch einer Klage um M 75 handelte, dort mußte der Werkmeister Did auf dem Gewerbegericht selbst ausgehen, daß der Schreiner einen schlechten Akkord hatte (Sprossenfauteuil) und mußte M 30 nachlassen an der Forderung. Damals gab es M 6,50 für den Fauteuil und heute giebt es, trotzdem bei obiger Klage zugegeben wurde, daß die Preise schlecht sind, M 5. Mit welchem Manöver wird nun eine solche Preisdrückerei erreicht? Ist ein Schreiner mit seinem Akkord fertig, so bekommt er nicht etwa sofort neue Arbeit, bewahre, demselben wird bedeutet, ganz gleich, ob er Familienvater ist oder nicht, „für Sie ist keine Arbeit da“. Der davon Betroffene hat dann die angenehme Aufgabe, ein oder mehrere Tage Früh und Nachmittags vorzupredigen, um nachzufragen, ob für ihn Arbeit da sei. Der Werkmeister läßt sich auch anscheinend erweichen: Ja, Arbeit ist da, aber — für den und den Preis muß sie gemacht werden; wenn Sie es machen wollen, dann ja; wenn nicht — behauerliches Achselzucken und der Glückliche kann noch ein paar Tage hungern. — Die Meinung der Schreiner ist nun, daß in dem standalösen Verfahren der Firma System liegt; durch das Hungern werden die Arbeiter müde gemacht und sind dann eher geneigt, auf Lohndrückerei einzugehen. §§ 615 und 616 existieren anscheinend für diese Firma nicht; denn es ist doch nicht gut anzunehmen, daß eine Säule der heutigen Gesellschaft bewußt deren Gesetze übertritt, oder doch? Es könnte nichts schaden, wenn die Firma bei jedem Fall vor das Gewerbegericht tritt würde, wir sind überzeugt, dieses Schandstücken müßte verschwinden. — Einige Zwischenmeister tragen ebenfalls noch dazu bei, die Akkordverhältnisse noch mehr zu verschlechtern, vorläufig wollen wir bloß z. B. Herrn Wirtz nennen. — Ein großer Mißstand ist auch das Preismachen bei neuen Stücken, hier wird nicht etwa der Arbeiter vorher gefragt, was er dafür verlangt, nein, ein Konjunkturalbestehend aus den beiden Werkmeistern und dem Betriebsleiter Starckmann, tritt zusammen, setzt den Preis fest und mehr wird nicht bezahlt, die Folge davon ist, endlose Streiterei der Arbeiter mit den Werkmeistern beim Preismachen. Die Herren, welche die Preise festsetzen, haben nun gar nicht oder doch schon lange nicht mehr praktisch gearbeitet, so muß es dann kommen, daß Schwierigkeiten, welche sich in der praktischen Ausführung ergeben, nicht mehr gewürdigt werden und Preise nominirt werden, die manchmal gradezu toll sind. Hier ist bloß Abhilfe zu schaffen, wenn vorher mit den Arbeitern Rücksprache genommen wird, wie es übrigens in jedem anständigen Geschäft gang und gäbe ist. — Zum Schluß wollen wir noch einen Ausspruch des Herrn Starckmann festhalten: Die Arbeiter müssen mit Nothstandslohnen von M 14—15 bei voller Arbeitszeit sich zufriedengeben, diesem Herrn möchten wir den Rath geben, von seinen M 80 wöchentlich M 65 Herr Otto nachzulassen und dann einmal zu probiren, wie man eine Familie damit ernähren kann. Vollständig sind wir damit einverstanden, daß die Arbeitszeit verkürzt wird, die Löhne fallen dann von selbst, aber daß die Preise gedrückt werden, dagegen müssen wir uns verwahren, und alle diejenigen, welche die jetzige Konjunktur dazu ausnützen, zeten damit dieselbe Gemüthsrohheit, wie die Inquisitoren des Mittelalters. Mißthuldig an all' den miserablen Verhältnissen sind die Arbeiter, welche durch ihre verdamnte Interesslosigkeit dem Verband gegenüber diesen Dingen gradezu Vorschub geleistet haben. Hoffentlich wird diese Zeit eine Lehrmeisterin für sie sein und sie dahin führen, wo sie hingehören, in den Holzarbeiterverband, und andere Verhältnisse werden mit vereinter Kraft geschaffen werden können. D. G.-B.

**Rundschau.**

Die Petition gegen den Wuchertarif, die von der sozialdemokratischen Partei in Umlauf gesetzt worden war, wurde am Mittwoch voriger Woche dem Reichstagsbureau überbracht. Die Petitionsbullen waren von folgendem Schreiben begleitet:

Der unterzeichnete Vorstand der sozialdemokratischen Fraktion des Reichstages beehrt sich, anbei eine laut belegendem Verzeichniß mit 3431784 Unterschriften berechnete, gegen die Erhöhung der Lebensmittelzölle gerichtete Petition ergeben zu überreichen.

Berlin, den 4. Dezember 1901.  
Auer, Bebel, Meißner, Pfannkuch, Singer.  
Ob ein noch so entschiedener Protest des deutschen Volkes beim Reichstag gegen die agrarische Wucherpolitik Erfolg hat,



wird die Zukunft lehren. Zwar zu großen Hoffnungen braucht man sich gerade nicht hinzugeben, denn die Agrarier bestehen, wie jener Bucherjude Shylock, auf ihrem Schein, sie haben es sich nun einmal in den Kopf gesetzt, das Volk in außergewöhnlicher Weise zu schröpfen und das Volk muß da bluten.

**Petition um Abänderung des § 100 q der Gewerbeordnung.** Die Handwerkskammer in Oldenburg hat dem Reichstag eine Petition unterbreitet, und gewünscht, daß § 100 q folgende Fassung erhalten möge:

„Die Innung darf ihre Mitglieder in der Festsetzung der Preise ihrer Waaren oder Leistungen nur insoweit beschränken und überwachen, als es derselben überlassen ist, für gleichmäßige Waaren oder Leistungen Mindestpreise oder Lohnsätze festzusetzen. Die dahingehenden Beschlüsse unterliegen der Genehmigung der Aufsichtsbehörde. In der Annahme von Kunden dürfen die Innungsmitglieder nicht beschränkt werden.“

Nach dem heutigen Gesetz ist den Innungen unterstellt, ihren Mitgliedern irgend welche Beschränkung nach dieser Richtung aufzuerlegen. Die Handwerksmeister haben bereits eingesehen, daß, wenn die Hauptaufgabe der Innungen nicht darin bestehen sollen, das Handwerk dadurch zu heben, daß man die Schmutz- und Schmutzkonkurrenz der Meister untereinander beseitigt, die Innungen überflüssig sind. Auch damit sind wir einverstanden, daß es den Innungen gestattet sein muß, gemeinsam mit der Gewerkschaft — dem kontrahierenden Theil — über die Minimal-löhne und -Preise Bestimmungen zu treffen, an welche jedes Mitglied der Innung gebunden ist; vielleicht käme die Arbeiterschaft einem Tarifvertrage auf diesem Wege etwas näher. Zweifellos steht fest, daß der gegenwärtige § 100 q weder den Wünschen noch den Bedürfnissen des Handwerks entspricht und eine Abänderung im obigen Sinne nur erwünscht wäre, wenn man nicht vorzieht, den Innungen überhaupt das Grabmal zu singen.

**Die Kommission für Arbeiterstatistik** soll anscheinend doch nicht ganz beseitigt werden, wie von vielen Seiten und auch von uns angenommen wurde, denn auch im neuen Etat erscheint noch immer die ursprüngliche für sie festgesetzte Summe von M 39 000. Im Jahre 1900 wurden von dieser Summe M 35 102,99 gespart und in der Uebersicht der Reichsausgaben wird dazu bemerkt: „Die Kommission ist nur zu wenigen Sitzungen zusammengetreten.“ Im Jahre 1900 fand am 13. Juni eine Sitzung statt, in welcher der Bericht über die Erhebungen der in G a s- und S c h a n t w i r t s c h a f t e n beschäftigten Personen festgestellt wurde, und in einer Sitzung am 28. November wurde der Bericht über die S o n n t a g s a r b e i t im B i n n e n s c h i f f f a h r t s - B e t r i e b e vorläufig festgestellt. Dann wurde eine Eingabe der F l e i s c h e r g e h ü l f e n entgegengenommen und ein Antrag H i e b e r b e r a t e n, betreffend Erhebungen über die Arbeitszeit der im T r a n s p o r t g e w e r b e beschäftigten Personen. Am 24. April d. J. fand abermals eine Sitzung statt, in welcher ein Fragebogen für die Erhebungen über die Arbeitszeit der in S p o n t o r e n beschäftigten Personen festgestellt und der Bericht über die B i n n e n s c h i f f f a h r t endgültig angenommen wurde. Da aber der Kommission Mittheilungen über übermäßig lange Arbeitszeit des Personals der sächsischen Dampfer zugewandt und vorläufige Erhebungen durch die Dresdener Polizei diese Angaben völlig bestätigt hatten, so schloß der Bericht mit folgenden Worten: „Zugleich spricht sich die Kommission dahin aus, daß nach ihrer Ansicht noch zur Anstellung von Erhebungen über die Arbeitszeit an den Wochentagen ein dringendes Bedürfnis vorliegt.“ Ferner wurde in der Sitzung ein Auschuß gewählt, welcher einen Entwurf zu einem Fragebogen über die Erhebungen im F l e i s c h e r g e w e r b e auszuarbeiten sollte. Der im April gewählte Auschuß wurde zum 29. November zu einer Sitzung zusammenberufen. Jetzt kann also die übliche Herbstsitzung stattfinden. Diese ist nun zum 12. Dezember einberufen und soll den Fragebogen für die Erhebungen über das F l e i s c h e r g e w e r b e endgültig feststellen. Ebenfalls ist der Kommission ein Schreiben des Staatssekretärs für das Reichsamt des Innern zugewandt, in welchem die Kommission aufgefordert wird, Erhebungen über die tägliche Arbeitszeit der im B i n n e n s c h i f f f a h r t s - B e t r i e b e beschäftigten Personen vorzunehmen. Auch darüber, welche Schritte hierin zu unternehmen sind, sollen Beschlüsse gefaßt werden. Die Erhebungen über das Transportgewerbe scheinen ganz in Vorbereitung zu sein, denn über diese steht nichts auf der Tagesordnung.

Ueberhaupt sinkt die ganze Thätigkeit der Kommission immer mehr ins Dilettantenhafte herab. Denn wie auch diese Uebersicht über ihre Thätigkeit im letzten Jahre beweist, ist die Kommission in dieser Zeit über Anregungen nicht hinausgekommen. Von einer ernstlichen Erledigung der Aufgaben, die der Kommission bei ihrer Gründung gesteckt waren, kann schon gar keine Rede mehr sein, viel weniger noch von einer Erweiterung ihres Thätigkeitsfeldes. Und so was ruhm man dann als Fortschritt der Sozialreform.

**Ueber Arbeitslosigkeit und Nothstandsaktionen.** Auch die in der letzten Woche gebrachten Uebersichten über den Arbeitsmarkt bestätigen nur unsere früher gebrachten Angaben über den Umfang der Arbeitslosigkeit. Demgegenüber ist es von Interesse, zu beobachten, mit welcher Konakance sich leitende Kreise und Personen über diese für die Gesellschaft immer größer werdende Gefahr der Arbeitslosigkeit hinwegsetzen. Die vom Oberpräsidenten der Provinz Sachsen einberufene Nothstands-Konferenz und die dabei gefallenen kläffenden Aeußerungen des Oberbürgermeisters von Halle haben wir schon genügend gewürdigt. Es ist für unsere Leser vielleicht von Interesse, zu erfahren, daß der Oberpräsident der Provinz Sachsen, v. B o e t t i c h e r, nunmehr sich bewegen gefühlt hat, den Vorstehenden der beiden in Magdeburg sitzenden Arbeiterlosen-Vereinigungen, den Genossen Brandes, der Stadtverordneter und Angehöriger des Metallarbeiterverbandes ist und als solcher die Arbeiterverhältnisse und den Arbeitsmarkt genau kennt, zu erwürgen. Der Oberpräsident bekennt, daß der allerdings bestehende Nothstand so groß sei, wie von sozialdemokratischer Seite behauptet werde, erklärte sich aber bereit, Alles zu thun, um der Arbeitslosigkeit nach Möglichkeit entgegenzutreten. Er wolle dafür sorgen, daß in den kassierten Betrieben der Provinz reichliche Arbeitsgelegenheit geschaffen werde, er wolle an den Eisenbahnen und an Bergbauarbeiten von Geldern zur Inangriffnahme von Arbeiten ansetzen. Ferner beabsichtige er, bei den kommunalen Verwaltungen seinen Einfluß dahin geltend zu machen, daß alle nur irgend möglichen ausführbaren Arbeiten der Städte baldigst in Angriff genommen würden. Endlich gedente er auch auf die Industriellen der Provinz Sachsen einzuwirken, daß sie möglichst Niemand entlassen und keine Liederhunden machen, sondern dafür lieber Neueinstellungen von Arbeitern vornehmen. Wir werden ja sehen, ob der Oberpräsident sich ernstlich befreit zeigt, seine damit den Arbeitern gegebenen Zusicherungen in die That umzusetzen, und welche Erfolge er mit diesen seinen Bestrebungen bei der Regierung, den Kommunen und Industriellen hat.

Der Bürgermeister von Halle steht mit seiner Behandlung des Arbeitslosenproblems durchaus nicht einzig da. In letzter Zeit haben sich mehrere leitende Personen gefunden, die sich in dieser Frage zum Mindesten mit ihm auf gleicher Höhe bewegten. Wir nennen unter mehreren nur den langjährigen Ministerkandidaten Oberbürgermeister Becker von Köln, ein Typus jener Leute, die es als „herbvorragendes Verwaltungs-genie“ bei einem Jahres-einkommen von M 25 000 Allen recht zu machen wissen und mit dem nöthigen Servilismus nach Oben stets die nöthige Rücksichtslosigkeit nach Unten verbinden. Er meinte kürzlich in der Stadtverordnetenversammlung in Köln anlässlich einer Verathung über Nothstandsarbeiten: „Solche erste Zeiten hätten auch ihr Gutes; sie zeigten den Arbeitern, daß es verhängnisvoll sei, bloß von der Hand in den Mund zu leben, nicht an Versicherung und Sparen zu denken. Solche erste Zeiten lehrten die Leute wieder, sich auf beschränkteren Fuß einzurichten.“

Der Herr hat eine Ahnung von Arbeiterverhältnissen! Das Bezeichnende an der Sache ist, daß diese Aeußerung bei den Kölner Stadtverordneten nicht nur keinen Widerspruch fand, sondern sogar mit Zustimmung aufgenommen wurde. Die Herren sind einander werth, schlimm aber ist es für die Arbeiterschaft, die einer solchen Stadtvertretung überantwortet ist.

Natürlich ist — nach der Meinung dieser Herren — auch in Köln keine „erschreckend große Arbeitslosigkeit“ vorhanden. Das ist auch in Bremen festgestellt worden, weshalb der Senat die Niederlegung einer Deputation zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und zur Ergreifung von Nothstandsmaßnahmen ablehnte. Er kennt keine Arbeitslosigkeit in Bremen, er sieht keine, hört von keiner und setzt sich sorglos über die Wahrscheinlichkeit hinweg, daß die Wintermonate auch einem erheblichen Theile der bremischen Arbeiterschaft trübe Stunden bereiten werden. Und für solche Arbeiter, die infolge der Ungunst des Geschäftslebens doch der Noth überliefert werden sollten, hält er den Weg zur Armenpflege offen, den durch Arbeitslosigkeit brotlos gewordenen, den unverschuldet in Noth Gerathenen die Demüthigung der privaten Wohlthätigkeit oder die entrechtende Unterstützung der Armenpflege

Auch der Oberbürgermeister W e n d e r von Breslau hat in einer von Seiten der sozialdemokratischen Stadtverordneten provozirten Nothstandsdebatte im Breslauer Stadtverordnetenkollegium das Vorhandensein einer großen Arbeitslosigkeit bestritten und erklärt, daß eine Verpflichtung zur Beschaffung von Arbeitsgelegenheit durch die Stadt grundsätzlich nicht anzuerkennen sei, besondere Nothstandsmaßnahmen für den Winter seien deshalb nicht vorgesehen. Auch hier wurde auf die öffentliche Armenpflege hingewiesen. Die von dieser unterstützten Arbeiter vor den gesetzlichen Folgen, dem Verlust ihrer politischen Rechte, zu bewahren, lehnte der Oberbürgermeister ab, da der alte gute Satz, daß derjenige, der nicht mit thatet, auch nicht mit rathen solle, immer noch seine Geltung behalten müsse. Gegen die Breslauer Arbeitslosen erhob Herr Dr. Wender den Vorwurf, daß sie in ihrer Versammlung eine gegen die kapitalistische Gesellschaft gerichtete Resolution annahmen, während sie doch von der „Gutmüthigkeit“ dieser Gesellschaft Hilfe erwarteten! So könnten „ehrliche Arbeitslose“ nicht handeln, es seien offenbar auch viele andere, nicht arbeitslose Elemente in jener Versammlung gewesen. Ganz im Sinne des Stadtverordnungs machten dann einige Stadtverordnete in der Diskussion den Arbeitern den Vorwurf, daß sie „in der guten Zeit“ nicht gespart hätten, daß viele Arbeitslose garnicht arbeiten wollten, weil Betteln bequemer und einknäglich sei usw. Es sei für Jeden, der arbeiten wolle, noch Arbeit genug vorhanden.

So sehen in den meisten Fällen die Nothstandsaktionen aus, die von bürgerlicher Seite und den Kommunen und Regierungen eingeleitet werden. Man muß sich nur immer wieder wundern über die Kühnheit, mit der der große Nothstand von dieser Seite hinweggeleugnet wird, und über den Gleichmuth, mit dem die Arbeiterschaft solche an ihre Adresse gerichteten Beschimpfungen hinnimmt.

**Die Krise macht sich auch im Schiffbau bemerklich.** In Steyer, Danzig und Kiel hat die Arbeitslosigkeit schon einen großen Umfang angenommen. Nun meldet auch die Reptinwerft in Rosjod, daß sie ab 1. April entweder eine Lohnherabsetzung oder eine Verminderung des Arbeiterpersonals um 400—600 Mann einreizen lassen müsse. Die hohen Löhne sollen natürlich schuld sein, daß neue Schiffbauaufträge nicht erlangt werden können. Ein solches Vorgehen steht mit der Lebensmittelvertheuerung durch die medlenburgischen und ostpreussischen Junter allerdings nicht im Einklang.

**Ein Kniff im Submissionswesen.** Das Landgericht Lübeck hat am 12. August den Zimmermeister Heimr. Schwarz in Jadenburg von der Anklage des Betruges freigesprochen. Die Gemeinde wollte einen Schulhausbau im Submissionswege vergeben und ließ durch den Angelagten die dazu nöthigen Berechnungen vornehmen. Schwarz rechnete nun 40 000 Steine mehr, als wirklich erforderlich waren und blieb mit seiner nach dem wirklichen Bedarf berechneten Offerte in Höhe von M 34 000 Mindestfordernder, so daß er den Zuschlag erhielt. Einen Betrag hat das Landgericht deshalb nicht für vorliegend erachtet, weil nicht behauptet und nicht erwiesen ist, daß die Gemeinde den Bau zu theuer bezahlt habe. Auf den Vortheil, daß sie den Bau zu billig, zum Schaden des Unternehmers erhalte, habe die Gemeinde keinen Anspruch gehabt. — Die Petition des Staatsanwalts gegen dieses Urtheil wurde vom Reichsgericht verworfen.

### Deutscher Holzarbeiter-Verband.

#### Bekanntmachung des Vorstandes.

Der Zahlstelle H i r s c h b e r g wird hierdurch antragsgemäß die Genehmigung erteilt, ab 1. Januar 1902 einen Lokalbeitrag von 10 % pro Quartal neben dem ordentlichen Verbandsbeitrag zu erheben.

Die Zahlstelle H a s t e d t hat durch erneute Urabstimmung beschlossen, die Zeitdauer der Erhebung des am 1. April d. J. in Kraft getretenen Lokalbeitrages von 5 % pro Woche bis zum nächsten Verbandsstag zu verlängern. Da der Lokalbeitrag vom Verbandsvorstand genehmigt ist, so haben die Mitglieder auch weiterhin einen Wochenbeitrag von 30 % zu entrichten.

Die Mitglieder in allen Zahlstellen machen wir auf den bevorstehenden Jahreseschluß aufmerksam und ersuchen um rechtzeitige Zahlung der Beiträge, damit die Abrechnungen für das vierte Quartal keine Verzögerung erleiden. Stuttgart, den 7. Dezember 1901.

Der Verbandsvorstand.

#### Bekanntmachungen der Gauvorstände.

##### 9. Gau. Vorort Leipzig.

Wie unseren Zahlstellen schon bekannt, findet unsere Gaunkonferenz am 5. Januar 1902 und zwar auf Grund des Gauborstandsbeschlusses in Grimma, im Lokal „Zur Terrasse“ statt. Voraussichtliche Eröffnung 10½ Uhr Vormittags.

Der Gauvorstand hat folgende Tagesordnung festgesetzt: 1. Konstituierung des Gautes. 2. Thätigkeits- und Kassensbericht. 3. Welches sind die gegenwärtigen Aufgaben innerhalb unserer Organisation. (Referent: Kollege A. Leopold aus Zeitz.) 4. Bericht der Delegirten. 5. Anträge.

Ferner bitten wir, unsere Aufforderung in Nr. 48 der „Holzarbeiter-Zeitung“ zu beachten und den Fragebogen, soweit es noch nicht geschehen, sofort einzuliefern.

Mandatsformulare und nähere Anweisung erhalten die Zahlstellen in den nächsten Tagen.

Der Gauvorstand. Hermann Wilsdorf.

##### 16. Gau. Vorort Kiel.

Laut Beschluß der vorjährigen Konferenz findet die diesjährige Gaunkonferenz in Rendsburg statt. Der Gauvorstand hat beschlossen, dieselbe bis zum Sonntag, den 26. Januar, nach dem Lokal „Neue Welt“ einzuberufen.

Als vorläufige Tagesordnung schlägt der Gauvorstand vor: 1. Bericht und Abrechnung der Gaubewaltung. 2. Berichte aus den einzelnen Zahlstellen. 3. Die Taktik unserer Lohnbewegungen.

Wir bitten die einzelnen Zahlstellen, Stellung zur Konferenz zu nehmen und etwaige Anträge bis spätestens zum 12. Januar an Unterzeichneten gelangen zu lassen.

Alles Nähere durch Zirkular. Es ist unbedingt notwendig, daß sämtliche Zahlstellen auf der Konferenz vertreten sind.

Der Gauvorstand.

J. A.: W. Breccour, Kiel, Gutenbergstr. 54.

#### Korrespondenzen.

**Berlin.** In der Branchenversammlung der Bürsten- und Pinselmacher, welche am 7. Dezember stattfand, theilte der Obmann mit, daß nicht die „Brauerei-Vereinsgenossenschaft“, sondern der Verein für Unfallverletzte eine Werkstatt zur Anfertigung von Bürstenwaaren errichtet hat, in welcher Unfallverletzte bei M 2 Tagelohn und achttündiger Arbeitszeit beschäftigt werden, um so wenigstens vor der größten Noth geschützt zu sein. Gegenwärtig werden für die Firma Wertheim die Bürsten angefertigt. Sieben Arbeiter werden beschäftigt. Die Versammlung sprach ihr Bedauern darüber aus, daß der Arbeiter, wenn er im Beruf verunglückt ist, sich auf die Wohlthätigkeit verlassen muß, wo doch eigentlich der Staat verpflichtet wäre, für ihn einzutreten. In diesem Sinne sprach auch ein Unfallverletzter, welcher noch um seine Rente klagt.

**Burg bei Magdeburg.** In einer öffentlichen Holzarbeiterversammlung sprach am 7. Dezember Kollege Klingner-Berlin in höchstnütziger, gemeinverständlicher Rede über den „Nutzen des Holzarbeiterverbandes während der Krise“. Leider waren von denjenigen Kollegen, für die der Vortrag hauptsächlich bestimmt war, nur wenige anwesend. Die Kollegen Burgs, hauptsächlich die Tischler, scheinen selbst jetzt, während der Zeit der Depression, noch auf ihren vor zwei Jahren erworbenen „Lorbeeren“ ausruhen zu wollen und merken deshalb garnicht, was um sie her vorgeht. In verschiedenen größeren Fabriken hat man bereits, und zum Theil sogar bis 30 und mehr Prozent, Abzüge gemacht. Mit Rücksicht auf den schlechten Geschäftsgang und weil nach den gemachten Erfahrungen bei jeder Gelegenheit genügend Indifferente auf den bei solchen Fällen für sie abfallenden Bissen lauern, hat man die Abwehr unterlassen müssen. Anstatt nun in organisatorischer Weise allerseits für den Holzarbeiterverband thätig zu sein, jetzt man sich bei Muttern hinter den Ofen und schimpft, die Faust in der Tasche geballt, über den schlechten Lohn. Ja, Kollegen, glaubt ihr denn, daß die Verhältnisse damit besser werden? Unsere Arbeitgeber wissen leider zu gut, daß die größte Gefahr für sie nicht eingetreten ist und richten darnach ihre Dispositionen ein. Also, Kollegen Burgs aller Branchen! Sowie Ihr Mitglieder des Verbandes seid, kommt in die Versammlungen und laßt uns dort zusammen beraten, was wir während der schlechten Geschäftsjunktur haben, um nachher, wenn die Verhältnisse sich einmal wieder bessern, auch das Verlorene und vielleicht noch etwas dazu zu gewinnen, und ihr Richterwandler, erkennt, daß Ihr in Eurer Unkenntniß Euren Kollegen und in erster Linie Euch selbst weh thut, finanziell sowohl wie geistig. Laßt nicht Einzelne sich ab-



plagen, sondern versuche ein Jeder selbst mit Hand an's Werk zu legen, dann werden auch unsere Verhältnisse sich wieder bessern.

Dresden. In einer am 28. November im „Erianon“ tagenden Polirerversammlung sprach Herr Dr. Cohn über: „Die Polirerträge.“ Der Vortragende führte ungefähr Folgendes aus: Sozialpolitisch urtheile der Arzt über Krankheiten anders als der Arbeiter. Unter dem Bestehen des Krankenversicherungswesens sei es dem Arbeiter möglich, in eine dementsprechende Behandlung zu gelangen. Arbeits- und Wohnräume verschulden einen großen Theil der Erkrankungen unter den Arbeitern. Mit Recht sei die Tuberkulose die Arbeiterkrankheit genannt. So habe auch die Gamm-burger Cholera und der in Gelsenkirchen herrschende Typhus mehr Arbeiter befallen, als Besserturke. So seien viele Krankheiten in einzelnen Erwerbszweigen auf Vergiftung durch Gase usw. zurückzuführen. Unrichtig sei die Bezeichnung „Polirerträge“. Bei Kräfte sei die sogenannte Kränkliche vorhanden; anders aber bei der Polirerträge, welche die Finger und den Arm bis zum Ellenbogen, in schweren Fällen den ganzen Körper, befallt. Selbst die Schleimhäute des Auges werden nicht verschont. Das gleiche Verhältnis ist in der Bäcker- und Maurerkräfte zu finden. Ein Theil der Polirer erkrankt nicht, desto mehr diejenigen, welche scharfes Material verwenden müssen und deren Haut empfindlicher ist. Die Untersuchungen, welche der Vortragende angestellt hat, haben ergeben, daß es sich hier um eine Vergiftung handelt. So habe er Versuche an Kaninchen gemacht und die angewendeten Mittel, wie Wachs, Benzol, Leinöl, Bimsstein, Wiener Kalk und verdünnte Schwefelsäure haben den Versuchsthiere nichts geschadet. Zweifellos sei die Politur und der denaturirte Spiritus der Erzeuger der Krankheit. Der Spiritus ist mit Holzgeist und Pyritin denaturirt und bilden die Erzeuger der Krankheit. Pyritin ruft eine schwere Erkrankung der Augen hervor. Als ein weiteres schweres Verfahren kommt die Lösung von übermanganäurem Kali in Betracht. Eine Lösung von 1 : 1000 genügt, um schwere Hautentzündungen hervorzurufen. Um sich vor derartigen Krankheiten zu schützen, sollte der Arbeiter in ganz dünnen Gummihandschuhen arbeiten, aber des hohen Kostenpreises (M 12,50) wegen ist es ihm unmöglich, welches zu bemerkselligen. Herr Dr. Cohn hat auch schon Rücksprache mit dem Vorsitzenden der Ortskrankenkasse genommen, ob es nicht angebracht sei, derartige Handschuhe den Kranken Mitgliedern zu liefern. Der Vorsitzende mußte aber einen ablehnenden Bescheid geben, da das Kranken-Versicherungs-gesetz Gummihandschuhe nicht als „Heilmittel“ vorsehe. Wollte man sich aber einigermaßen vor dieser Krankheit schützen, so solle man die Haut abhärten und nur mit reiner Kernseife waschen. Außerdem möglichst frische Luft in den Werkstätten haben und für Abschaffung des Denaturirungsverfahrens eintreten. Dieses seien keine politischen, sondern rein menschliche Forderungen. In der Debatte schildern einige Erkrankte den Verlauf der Krankheit. Bei Einzelnen sind sogar die Geschlechtsheile infiziert gewesen. In seinem Schlußwort ermahnt der Vortragende nochmals, die gegebenen Rathschläge zu befolgen, und bei einer Erkrankung unerbittlich zum Arzt zu gehen. Die Versammlung nahm folgende Resolution an: „Die heute im „Erianon“ tagende Polirerversammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Herrn Dr. Cohn vollständig einverstanden. Sie erwartet, in Folge der vielen Erkrankungen, daß die Ortskrankenkasse sich mit Herrn Dr. Cohn und der Organisation in Verbindung setzt, um der Krankheit entgegenzutreten, indem dieselbe die Kranken sofort an Spezialärzte verweist.“ In „Gewerkschaftliches“ ermahnt Kollege Hantsche die Indifferenten, sich der Organisation anzuschließen, um den jetzt herrschenden Lohndrückereien wirksam entgegenzutreten zu können.

Günzburg. Nach längerer Zeit fand hier wieder eine den örtlichen Verhältnissen nach gut besuchte Holzarbeiter-versammlung statt mit der Tagesordnung: „Die Aufgaben der Gewerkschaft in der Krisis.“ Kollege Winter-München schilderte die Entstehung und die Folgen der Krisis und führte dann weiter aus, wie gerade in der Holzindustrie die Maschine menschliche Arbeitskraft überflüssig mache, und es daher das Bestreben der Kollegen sein müsse, eine Verkürzung der Arbeitszeit anzustreben. Medner exemplifizierte auf den Buchdruckerverband, dessen Macht nur deshalb eine anerkannte sei, weil er von vornherein für hohe Beiträge hohe Leistungen gewährt habe. Dort klage man nicht, wie bei uns, über hohe Beiträge, man wisse, daß solche nothwendig seien. Auch wir müßten höhere Beiträge zahlen, wenn wir leistungsfähig sein wollten. Sodann wurde es freudig begrüßt, daß der Gauvorstand eine kleine Bibliothek zur Verfügung stellen wolle, damit sich die Kollegen weiterbilden können. (Die Kollegen scheinen das Rundschreiben des Gauvorstandes irrtümlich aufgefaßt zu haben. Für Errichtung von Bibliotheken stehen dem Gauvorstand Gelder nicht zur Verfügung, doch erklärte sich derselbe gerne bereit, bei Beschaffung geeigneter Bücher den Zahlstellenverwaltungen an die Hand zu gehen, falls diese Mittel hierzu aus der Lokalkasse zur Verfügung stellen. In dieser Sache haben wir uns bereits an die Zahlstelle Augsburg gewendet, an welche die Günzburger Kollegen ihre Beiträge abführen, und welche auch die 30 pSt. hiervon bekommt, um die Wünsche der Kollegen erfüllen zu helfen. Ant. Meiß, Gauvorsitzer.) Ebenso wurde das rücksichtslose Gebahren einiger hiesiger Meister gebremst, welche den Scharfmachern das „Herren im Hause sein“ nachahmen wollen und bei jeder Gelegenheit schreien: „Es muß ein neuer Boden gelegt werden!“ Hoffentlich sorgen die hiesigen Kollegen dafür, daß die Herren keine schlechte Qualität zum neuen Boden erhalten.

Rößchenbroda. Den hiesigen Korbmachern gelang es, im Frühjahr d. J. eine kleine Lohnerhöhung durchzusetzen. Jetzt sind die Meister aber daran, unter sehr fadenheimgigen Begründungen Herabsetzungen der im Tarif bezeichneten Preise vorzunehmen. Da die Gefellen gut organisiert sind, wollen sie sich die Abzüge nicht gefallen lassen und legen es den Kollegen der Umgegend nahe, im Eventualfalle von Rößchenbroda fern zu bleiben.

Zugzwängen. Die gegenwärtige Krisis und ihre Bedeutung für die Arbeiterklasse, lautete das Thema, über das Kollege G ü t h -Berlin hier referirte. Medner schilderte die Entwicklung des Maschinenwesens, zeigte, wie den Vortheil von den Maschinen nur deren Besitzer haben, die Arbeiter als theilweise Erfinder und als Produzenten aber leer ausgehen; ja, daß, wo der Segen der Maschine nicht auch ihnen zu Theil werde, sie ihnen geradezu zum Fluche werde, indem

sie Arbeitskräfte freisetze und so zur Arbeitslosigkeit beitrage. Den schlimmsten Folgen könne nur begegnet werden durch Regelung der Produktion, durch Verkürzung der Arbeitszeit und durch Förderung der Kaufkraft des Volkes, nicht aber durch Lohnkürzungen und Arbeitszeitverlängerungen. Vor allen Dingen müßten die Arbeiter, insbesondere auch unsere Kollegen, den wirtschaftlichen und politischen Kämpfen ein größeres Interesse entgegenbringen. Die weiteren herzigenwerthen Schlußworte, wie der ganze Vortrag, wurden mit großem Beifall von den Anwesenden aufgenommen.

Neustadt i. Holst. Wir warnen vor dem Drechsler Wetkowski aus Posen. Derselbe führte in unserer letzten Mitgliederversammlung das große Wort und erzählte dann kurz vor seiner Abreise seinem Meister, daß wir ihn in unserer Versammlung schlecht gemacht hätten, was aber garnicht der Fall gewesen ist. Also solchen Nachkollegen gegenüber braucht man Vorsicht.

Oppeln. Am 1. Dezember war von den Christlichen eine öffentliche Holzarbeiterversammlung einberufen worden. Der Zweck derselben war: Gründung einer Zahlstelle des christlichen Holzarbeiterverbandes. Unsere Zahlstelle sollte gemäßigteren Bruchgelegt werden, und war daher das Interesse ein allgemein großes. Unsere Anhänger füllten bald den geräumigen Saal. In der etwa 20 Minuten dauernden Rede des „Christlichen Agitators“ Gönsch aus Breslau wurden besonders die billigen 15 s-Beiträge hervorgehoben, unsere Organisation sei nur ein Deckmantel der Sozialdemokratie, und in der Religionsfrage wären wir auch nicht neutral, daher müßten sich die Christlichen besonders zusammenschließen, und Alle mögen daher in diese Organisation eintreten. (Nebenbei bemerkt, wurde das Wort „Sozialdemokratie“ von dem überwachenden Beamten bei weiterer Anwendung dem Medner verboten.) In der Diskussion, die anfangs auf 5 Minuten beschränkt und dann auf unseren Antrag auf 25 Minuten festgelegt wurde, sprach Kollege Peidert aus Breslau. Er erklärte sich zunächst als Gegner der christlichen Richtung. Was eigentlich jene Herren hierher führe, sei nicht so recht verständlich, da man eine Organisation am Orte habe, die schon Jahre lang den Kampf für Besserstellung unserer Lebenslage in ausgiebigster Weise führe. Das ganze Verfahren jener Herren ist eine Keiltreiberei, und ihr 15 s-Beitrag nur ein Köder. Das können aber nicht reine Vertreter der Arbeiterinteressen sein, die da meinen, so wie es ist, ist es durch göttlichen Willen angeordnet, und im Jenen würden es die Arbeiter besser haben. Nein, im Diesseits fordern wir genügend Brot für unsere Kinder, fordern, als Menschen menschenwürdig behandelt zu werden. Wer solche Forderungen stellt, wird immer von den Unternehmern bekämpft werden, ganz gleich, ob er Heide, Christ oder Jude ist. Medner weist dann zahlenmäßig nach, daß gerade bei Erhöhung unserer Beiträge die Mitgliederzahl sich verdoppelte, die Leistungen des Verbandes sich verdreifachten. Nachdem noch darauf hingewiesen wurde, wie christliche Arbeiterführer das Brot den Arbeitern vertheuern helfen — der allgemeine Proteststurm beweiße, daß ein frischer Geist die moderne Arbeiterklasse durchziehe —, schloß Medner seine mit brausendem Beifall aufgenommenen Ausführungen. Um 5 Uhr mußte der Saal leer sein, und war es daher für uns bedauerlich, nicht noch weiter die Aufklärungsarbeit fortsetzen zu können. Der Zweck der Christlichen war glattweg vereitelt worden, ein Zeichen, daß unsere Ideen festen Fuß gefaßt haben. Das begeistert aufgenommene Hoch auf den Deutschen Holzarbeiterverband wird die Herren eines Besseren belehrt haben.

Trebbin. Wie den Kollegen noch bekannt sein dürfte, hatten wir vor Jahresfrist eine Lohnbewegung, welche damit endete, daß mit Ausnahme einer ganz minimalen Lohnaufbesserung und einer Arbeitszeitverkürzung von 2 bis 3 Stunden pro Woche unsere Forderungen abgelehnt wurden. Mit den damals festgelegten Vereinbarungen erklärten sich die Herren durch eigenhändige Unterschrift, durch ihr Ehrenwort einverstanden. Alle Kollegen gaben sich nun der Hoffnung hin, daß Friede sein wird und die Plänkereien ein Ende haben werden. Dem war jedoch nicht so, wir hatten uns gewaltig geirrt und die Rechnung ohne die Herren Unternehmer gemacht. Im Laufe des Sommers wurde uns klar gemacht, daß, wenn wir uns auf ein Unternehmer-Ehrenwort und eigenhändige Unterschrift verlassen, wir thatsächlich verlassen sind. Die Inhaber der Firma Bernete & Co., welche ihrer politischen Anschauung nach zur Fortschrittspartei gehören, konnten diesen Fortschritt ihrer Arbeiter nicht gut heißen und es mag den Herren ein Dorn im Auge gewesen sein, daß auch ihre Arbeiter zu denen gehörten, welche sich einer 1 1/2stündigen Mittagspause erfreuten. Wie viel schlaflose Nächte diese Herren verbracht haben, bevor dieselben herausfanden, auf welche Art den Arbeitern die alte Arbeitszeit am leichtesten aufgebürdet wird, soll nicht unsere Sache sein. Eines Tages kam nun Herr Bernete und erklärte seinen Arbeitern, er könnte wegen Mangel an Arbeit nur noch 5 Stunden arbeiten lassen, jedoch würde er selbst in der nächsten Woche auf Reisen gehen und sehen, ob es ihm gelingen werde, Arbeit heranzuschaffen, und sollte ihm das möglich sein, dann müßte nachher selbstverständlich 10 Stunden gearbeitet werden. Also einer Arbeitszeitverlängerung muß erst eine Hungerperiode vorausgehen, damit die Arbeiter gefügig werden, das haben die Herren Bernete & Co. herausgegrübelt, und so geschah es auch. Wegen Arbeitsmangel mußte eine Zeit lang 5 Stunden gearbeitet werden, inzwischen gab sich Herr Bernete redlich Mühe, für seine Arbeiter Beschäftigung heranzuschaffen. Und nicht umsonst, das Wort der heiligen Schrift: Wer da anklopft, dem wird aufgethan! bewahrheitete sich. Schwer beladen mit Aufträgen kam Herr B. zu den Seinigen zurück, und es mußte fortan 10 Stunden gearbeitet werden. Man sollte doch meinen, daß eine derartige Zumuthung von den Kollegen entschieden zurückgewiesen worden wäre, doch weit gefehlt. Einige Kollegen, welche sich Mühe gaben, eine Werkstättenversammlung zusammenzurufen, mußten am Abend erleben, daß von 25 Arbeitern ganze 6 anwesend waren. Alle anderen, unter welchen sich auch ein früherer Bevollmächtigter der Zahlstelle befand und welche sich mit dem Ertrungenen im Vorjahre nicht zufrieden geben konnten, glänzten durch Abwesenheit. Als an einem Sonnabend vom Gauvorstand die Kollegen Stücke und Güth erschienen waren und die Gelegenheit der Lohnzahlung dazu benutzten wollten, um in Gegenwart aller Arbeiter mit den Herren

einmal Rücksprache zu nehmen, brückten sich die Kollegen stillschweigend und überließen obige beiden Kollegen sich selbst, welchen Herr B. dann die Mittheilung machte, daß diejenigen, denen es nicht paßt, gehen könnten. Fragt man nun, was ist daran schuld, daß einem Arbeitgeber der Kamm derartig schwellen kann, so wird man hören: Die Krisis. Das mag zum Theil richtig sein, doch die größte Schuld haben sich die Kollegen selbst durch ihre verdamnte Gleichgültigkeit und Interesselosigkeit zuzuschreiben. Vor Jahresfrist, als geplant wurde, in eine Lohnbewegung einzutreten, war es eine Freude, mit anzusehen, wie sich die Kollegen um das Banner der Organisation scharten, jedoch war die Mitgliedschaft nicht von langer Dauer, nachdem die oben erwähnten Zugeständnisse gemacht waren, wurde ein großer Theil der Kollegen fahnenflüchtig. Nun zu Herrn Werdermann, welcher sich vom Drechslermeister zum Augustmöbelfabrikanten emporgeschwungen hat, hat auch herausgefunden, daß weibliche Arbeiter bessere Ausbeutungsobjekte sind, als männliche. Demzufolge hat er solche eingestellt, welche mit Poliren beschäftigt werden. Man sollte nun meinen, daß Herr Werdermann, welcher im Stadtparlament die erste Wählerklasse vertritt, auch mit den erlassenen Arbeiterinnen-Schutzbestimmungen vertraut sein muß und denselben Beachtung schenken müßte. Doch davon hat man bis jetzt noch nichts gemerkt, denn trotzdem nach § 137 der Gewerbeordnung Arbeiterinnen in der Nachtzeit von 8 1/2 Uhr Abends bis 5 1/2 Uhr Morgens in Fabriken nicht beschäftigt werden dürfen, kann man seit 5-6 Wochen sehen, daß in genannter Fabrik dieselben bis Abends 10 und 11 Uhr beschäftigt werden. Ebenso wurden auch Arbeiterinnen am Wusttag und Sonnabends über 5 1/2 Uhr hinaus beschäftigt. Unsere wohlthätige Polizeiverwaltung, die sonst bei einer Flugblattverbreitung sowie Versammlungen die Arbeiter in sehr anerkennenswerther Weise beschützt, muß von dieser Ungefehltheit noch keine Kenntniß haben, denn sonst hätte sie den Arbeiterinnen in der Werdermann'schen Fabrik gewiß einen gleichen Schutz angedeihen lassen. Noch Manches, was in genanntem Betrieb nicht in Ordnung ist, könnte hier angeführt werden, doch wollen wir es für diesmal mit dem Obenerwähnten betenden lassen, damit der Herr Gewerbe-Inspektor bei seinem nächsten Besuche auch noch etwas Verbesserungsbedürftiges findet. Zum Schluß wollen wir es nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß zur Hochhaltung des Ertrungenen eine starke Organisation erforderlich ist, und daran hapert's in unserem Orte. Glauben die Kollegen, damit ihrer Pflicht genügt zu haben, wenn dieselben die Beiträge entrichten und dann um die Gunst der Herren Unternehmer wetteifern? Nur so weiter, Ihr Kollegen, die ihr glaubt, beim Herrn Arbeitgeber einen Stein im Brett zu haben, dann wird Euch trotz alledem noch dasselbe Schicksal treffen, was unseren Bevollmächtigten erst kürzlich getroffen hat, denn die Thürflinte werden die Herren auch Euch nicht mitgeben. Fort mit der Gleichgültigkeit, tretet ein in die vordersten Reihen, agitirt und organisiert in dieser Zeit des geschäftlichen Niederganges, damit wir in der Hochkonjunktur gemappnet dastehen und zurückfordern, was uns jetzt verloren gegangen ist. Besucht unsere Versammlungen besser als bisher und setzt Euch nicht während derselben in's Gastzimmer und huldigt dem Kartenspiel. Lege Jeder Hand an's Werk, wie es ein wahrhaft organisirter Kollege thun soll, dann werden wir in Zukunft eine Macht werden und die Herren Unternehmer werden es nicht wagen, uns ohne Weiteres von unseren vorjährigen festgelegten Vereinbarungen etwas abzustrichen.

Differenzen und Lohnbewegung in der Holzindustrie.

In Wieblingen bei Heidelberg haben in einer Stuhlfabrik, deren Direktor ein Herr S e t t e r ist, die Stuhlmacher die Arbeit eingestellt. In den umliegenden Orten wird für bessere Stühle pro Duzend ein Arbeitslohn von M. 19-24 gezahlt. Der Werkmeister Kunz in obiger Fabrik bot den Arbeitern für eine annähernd gleiche Qualität den Preis von M. 10. Eine Kommission wurde zweimal vorstellig, das erste Mal wurde sie rundweg abgewiesen, das zweite Mal wurde auf ein Angebot der Kommission, die Stühle für M. 13 machen zu wollen, erklärt: „Wer sie nicht für M. 10 machen will, kann es unterlassen, es giebt Leute genug, die gerne arbeiten.“ Das war zu stark. Die Arbeiter hatten sich geeinigt, die Stühle für den schon reduzirten Preis von M. 16 zu machen, geben dann noch um weitere M. 3 herunter und verlassen dann die Arbeit, weil sie nicht um den Hungerlohn von M. 10 arbeiten wollten. Der Werkmeister Kunz sucht nun in der Umgegend Gesellen. Für den Preis wird er keine bekommen. Wir wollen aber doch darauf hinweisen, daß Bezug fernzuhalten ist.

Der Streik der Kammacher bei der Firma Gerson in Berlin ist zwar resultatlos verlaufen, da die Werkstätte voll besetzt ist, jedoch soll Bezug noch fern gehalten werden. Ein Kammacher Namens K e n s c h aus Naumburg, welcher von dort kam, um den Streikbrecher zu machen, hat junge Leute angelehrt und dadurch zum Mißlingen des Streiks beigetragen. Nachdem der Mohr seine Schuldigkeit gethan, ist er wieder nach Naumburg gegangen, hat aber dafür gesorgt, wie er selbst der Streikleitung mittheilt, daß Gerson einen neuen Streikbrecher aus Naumburg bekommt. Er will nun, wie er weiter schreibt, nicht mehr Streikbrecher sein und verlangt von der Streikleitung, daß sie seine „beduldeten Ehre“ wieder herstelle. Eine Kammacherversammlung hat diese Neuherung selbstverständlich nur als eine Verhöhnung der Streikenden auffassen können, da sie auf derselben Karte geschrieben stand, auf der er mittheilt, daß sein Nachfolger im „Amt“ bereits von Naumburg nach Berlin unterwegs sei.

Aus den Berichten der Holzbranche.

Der Obermeister der Berliner Tischler-Zwangsummung, Herr C. Nahardt, sendet uns durch seinen Rechts-anwalt, Herrn Höfinghoff, unter Bezugnahme auf § 11 des Preßgesetzes folgende Verurteilung zur Aufnahme: Berlin, den 2. Dezember.

An die Redaktion der „Holzarbeiter-Zeitung“ Hamburg = E i m s b ü t t e l. Namens und in Vollmacht des Vorstandes der Berliner Tischler-Znung und des Herrn Obermeisters Nahardt zu Berlin, fordere ich Sie hierdurch ergebenst auf, den in der am 1. Dezember c. erschienenen Nr. 48



Ihrer Zeitung enthaltenen Bericht über die Vertheilung der...

Es ist für den Vertheilungsakt, welcher am Mittwoch, den 13. November...

Es ist ferner nicht richtig, daß Herr Obermeister Nahardt den Bewerber...

Abchrift der Vollmacht des Vorstandes der Tischler-Innung und des Obermeisters Nahardt liegt bei.

Vorank es uns in der Notiz ankam, war lediglich das: Herr Nahardt nahe zu legen, bei künftigen Spendenvertheilungen...

Die christliche Religion der Nächstenliebe lehrt, daß man die rechte Hand nicht wissen lassen soll, was die linke thut.

Die Berliner Tischler-Zwangsinnung ist für das Gewerbe werthlos. Das konstatirte eine Versammlung des...

Weiter stellt Berge der Reihe nach fest: Der Innungsvorstand behauptet immer, die Kontrollbücher...

Das Innungsschiedsgericht kommt den Mitgliedern auf über M. 1000 zu stehen.

Der Beitrag von M. 700 zum Bund deutscher Tischlerinnungen ist überflüssig, da auf den vom Bund veranstalteten...

Durch die Ausgabe von M. 200 für hilfsbedürftige Meister und durch den Zuschuß von M. 1000 zur Fachschule...

An der einzigen positiven Leistung der Gründung der Fachzeitung, sei die Innung unschuldig; wer einmal hinter die Kulissen zu blicken Gelegenheit hatte, habe bemerkt, daß Herr Nahardt dabei wenig zu sagen habe.

Der Antrag der Innung, den Fachschulunterricht obligatorisch einzuführen, ist erfreulich; doch müsse derselbe bei Tage abgehalten werden.

Die Branchenversammlungen der Innung werden meist in leeren Sälen abgehalten.

Die Tischler-Zwangsinnungen stehen der Straße ohnmächtig gegenüber, und es sei Zeit, daß dieselben wieder aufgelöst werden, da die Tischlermeister schon sowieso genug Laiten haben.

Diese Gewächter und Artikel über die Zwangsinnung wird Herr Nahardt sich sicher nicht hinter den Spiegel stecken. Gegen eine absichtliche Verleumdung, die Herr Berge gegen die Arbeiter wandte, müssen wir Verwahrung einlegen.

Das Honorarbuch ist ein Schlag, ein Kampfmittel gegen die Gesellen. Dem auch nicht beizurufen werden kann, daß die Ausschaltung des § 616 des B. G. B. möglich ist gegen Ausbeutung des Arbeitgebers durch gewissenlose und lächerliche Arbeiter.

Das ist eine Schandthat und eine Beleidigung des Arbeiterstandes. Seit wann ist denn ein Arbeiter, der mehrere Wochen seiner militärischen Pflicht genügen muß, gewissenlos und lächerlich? Seit wann ist dies ein Arbeiter, der in irgend einem Prozesse als Zeuge vor Gericht zu erscheinen hat oder auf eine nicht erhebliche lange Zeit wegen Krankheit von der Arbeit fern bleiben muß? Herr Berge, er ist ja ein Arbeiter, er bezieht sich auf den § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuchs! Sie können sagen, daß es ein Unrecht ist, den Arbeiter für die besagten Fälle keinen arbeitslosen, aber Sie haben doch Veranlassung noch ein Recht, solche Arbeiter als gewissenlos und lächerlich zu bezeichnen. Haben Sie...

Sie vergessen, daß auch Sie einmal Geselle und Lohnarbeiter waren und doch jedenfalls in einem der obigen drei Fälle einmal ohne Ihre Schuld von der Arbeit fern bleiben mußten? Haben Sie sich deshalb als einen gewissenlosen, lächerlichen Menschen eintagirt? Nein! Also: „Was Du nicht willst, das man Dir thu“; das sag' auch keinem Andern zu!

Selbsterkenntniß ist der erste Schritt zur Besserung? In der „Eiche“, dem Organ des Hirsch-Dunder'schen Gewerkschaftsvereins der Tischler, vom 6. Dezember dieses Jahres, lesen wir in einem Bericht aus Leipzig das Folgende:

„Der Referent Guth betonte zunächst die hauptsächlichsten Aufgaben unserer Organisation: Das Eintreten für die Verbesserung unserer Arbeitsverhältnisse. Hierzu gehörten vor Allem starke, an Mitgliederzahl große, fest begründete, geachtete und beachtete Vereine, die auch in der Lage wären, vorkommenden Falles in ausgiebigster Weise für die Mitglieder einzutreten. In Leipzig sei aber das Gegenteil der Fall, hier seien unsere Vereine bald zum Kinderspott geworden, sie seien nicht mehr im Stande, einen Hund hinter dem Ofen her vorzuloden.“

Nach dem Referenten nahm der Vorsitzende des Gewerkschaftsvereins, Bahke-Berlin, das Wort und pflichtete in Allem meinem Vorredner bei. Wir gratuliren zu dieser Selbsterkenntniß!

Ein Rechenkünstler ist Herr Wambach, seines Zeichens Generalsekretär des Hirsch-Dunder'schen Gewerkschaftsvereins der Tischler, der vor Kurzem eine Agitationsstour durch Süddeutschland unternommen hat und dem hierbei das Malheur passirte, in verschiedenen Orten mehr für den Holzarbeiterverband als für seine eigene Organisation zu wirken. Als besonderes Zugeständnis hat der Herr eine Berechnung über die Leistungen der beiden Organisationen aufgemacht, mit der er nachweisen wollte, daß der Gewerkschaftsverein einen größeren Theil der Einnahmen seinen Mitgliedern wieder zuführt, als der Verband. Wenn man den Berichten der „Eiche“ trauen darf, hat er auch damit einigen Eindruck erzielt. Das ist erklärlich, denn es wird vielen Kollegen nicht möglich sein, eine Zahlenreihe, die ihnen in einem Vortrag vorgelesen wird, sofort auf ihre Richtigkeit zu prüfen. Damit hätte sich Herr Wambach begnügen und es unterlassen sollen, sein Rechenexempel auch in der „Eiche“ zu produzieren, denn dadurch muß es an den Tag kommen, daß er eitel gekunkert hat. Herr Wambach sagt, daß der Holzarbeiterverband in den letzten fünf Jahren bei einer Einnahme von M. 2960968 eine Ausgabe von M. 1291608 hatte, mithin 43 pZt., während die entsprechenden Zahlen beim Gewerkschaftsverein M. 167707 bezw. M. 76473 bezw. 45 pZt. lauten. Mithin hat der Gewerkschaftsverein seinen Mitgliedern 5 pZt. mehr gewährt, als der Verband. Was der Herr Generalsekretär mit dem Vergleich der Einnahmen und Ausgaben eigentlich beweisen will ist ziemlich dunkel, es soll uns aber hier nicht weiter berühren. Ebenso soll es auch dahingestellt bleiben, ob die für den Gewerkschaftsverein zitierten Zahlen richtig sind, da wir augenblicklich nicht in der Lage sind, dieselben nachzuprüfen. Aber die für den Holzarbeiterverband angegebenen Zahlen sind entschieden falsch. Derselbe hat beispielsweise allein im Jahre 1900 an Ausgaben der Hauptkassette die Summe von M. 1230739 zu verzeichnen. Auch ist es nicht ersichtlich, aus welcher Quelle Herr Wambach die Summe von M. 2960968 als Einnahme des Verbandes für die letzten fünf Jahre geschöpft hat; aus den Publikationen des Verbandsvorstandes gewiß nicht. Er giebt uns aber Gelegenheit, brauchbare Vergleiche anzustellen, indem er aus dem Jahresbericht des Gewerkschaftsvereins der Tischler für 1900 folgende Zahlen zitiert:

Table with 2 columns: Category (Einnahme, Ausgabe) and Amount (M.). Includes rows for Beiträge, Eintrittsgeld, Zinsen, Ausgaben, etc.

Für Unterstützungszwecke hat demnach der Gewerkschaftsverein im Jahre 1900 M. 23978,10 ausgegeben. Das sind 46,1 pZt. seiner Gesamteinnahmen. Hierbei ist noch der Hilfsfonds als Unterstützungsausgabe mitgezählt, obwohl anscheinend nicht die ganze Summe an Mitglieder verabsolgt ist. Der Holzarbeiter-Verband hat im Jahre 1900 M. 1108954 eingenommen und für Unterstützungszwecke, also Reise, Maßregelung, Sterbegeld, Umgang, Streik und Rechtschutz zusammen M. 722934 ausgegeben, das sind 65,1 pZt. seiner Einnahme. Damit ist wohl bewiesen, daß der Holzarbeiter-Verband, ohne von seinen Unterstützungseinrichtungen ein besonderes Wesen zu machen, auch in dieser Beziehung ganz bedeutend mehr leistet, als der viel gerühmte Gewerkschaftsverein Hirsch-Dunder'scher Obervand. Wenn die Herren das Gegentheil behaupten, dann beweisen sie eben nur, daß sie es mit der Wahrheit nicht sehr genau nehmen.

Uebrigens könnten sich unsere Mitglieder ohne besondere Mühe sehr leicht in die Lage versetzen, Fälschereien à la Wambach sofort entgegen zu treten. Die Einnahmen und Ausgaben des Holzarbeiterverbandes seit seinem Bestehen sind im Almanach abgedruckt, der auch in dieser Beziehung ein wirksames Agitationsmittel ist, dessen Anschaffung kein Kollege veräumen sollte.

Unserem christlichen Kollegen Stegerwald in München geht es dreistig. Er hat von seinen christlichen Kollegen in Duisburg einen recht kräftigen Fußtritt erhalten. Eine am 1. Dezember stattgefundene Versammlung der dortigen christlichen Holzarbeiter nahm folgende Resolution an:

„Die heutige, im Lokale des Herrn Jäfel tagende Versammlung des christlichen Holzarbeiterverbandes erklärt hiermit Folgendes: Die Zahlstelle Duisburg ist mit der Haltung ihres...

Zentralvorstehenden Stegerwald zur Zollfrage und der Stellungnahme gegen die Zeitung des christlichen Metallarbeiterverbandes absolut nicht einverstanden und stellt dem Herrn Stegerwald anheim, sich lieber von den Agrariern bezahlen zu lassen.

Ein anwesender Verbandsbeamter wehrte sich vergebens gegen die Annahme der Resolution. Es wurde geltend gemacht, daß nach Meinung der Mitglieder die „christliche Gewerkschaft“ gegründet worden sei, um die Lebenshaltung der Arbeiter zu verbessern; da müsse es doch höchlichst verwundern, wenn die Verbandsleitung im Verbandsorgan für Vertheuerung der Lebensmittel eintrete. Jetzt, wo von anderer Seite diese Politik verurtheilt werde, erkläre man: Die Zollfrage gehört nicht in die Gewerkschaft — und in den Zentrumsversammlungen giebt man den Katholiken nicht das Wort, um gegen die Vertheuerung der Lebensmittel sprechen zu können. Wenn das so weiter gehe, so sei es besser, man bestimme sich überhaupt nicht mehr um den Verband.

Die „Münch. Post“, welche die Ehre hat, den Agrariern-Christen Stegerwald zu kennen, bemerkt zu obiger Resolution: Man erinnert sich noch sehr genau, wie vor einigen Monaten das in München erscheinende christliche Gewerkschaftsorgan sich über die „großagrarischen Hintermänner“ der „N. Bayer. Ztg.“ entäuerte. (Nebenbei gesagt, gehört Herr Karl Schirmer zu den „Hintermännern“ der „N. Bayer. Ztg.“) Und jetzt plötzlich verlangen die christlichen Arbeiter, auch der Redakteur der christlichen Gewerkschaftsblätter solle sich von diesen Agrariern, zu denen er gehört, bezahlen lassen. Das ist doch eigentlich ein betrübendes Resultat der journalistischen Thätigkeit des Herrn Stegerwald. Die von Wieber „verbesserten“ christlichen Metallarbeiter konnte man ja noch einigermassen zu „bessern“ hoffen. Aber daß der antiagrarische Geist die mit der geistigen Nahrung des Herrn Stegerwald versehenen christlichen Holzarbeiter auch schon angegriffen hat, das ist böse. Sieht er nun endlich ein, daß es nicht bloß der böse Wieber ist, der „Zweifel in seine Ehrlichkeit und Neulität bei Vertretung der Interessen der Arbeiterkassette“ wie es in der Kölner Erklärung vom 17. November so schön heißt? Statt der von Wieber so sehnsüchtig erwarteten „Ehrenklärung“ Fußtritte von den eigenen Mitgliedern: „Herr Stegerwald, unser Weileil!“

Ein „christlicher“ Denunziant. Die Bonner Gewerkschaften veranstalteten am 7. September eine öffentliche Versammlung, um Protest gegen den Wronwucher zu erheben. Zur Bekanntmachung dieser Versammlung dienten Plakate, die aber aus Versehen nicht den Namen des Druckers trugen. Dem scharfen Auge der Polizei war dies nicht aufgefallen, wohl aber einem Herrn Stings, dem Vorsitzenden des christlichen Holzarbeiterverbandes der Bonner Zahlstraße. Am 10. September lief bei der Polizeibehörde ein Schreiben folgenden Inhalts ein: „An die hochgeborene Polizeibehörde. Theile der Polizeibehörde mit, daß auf das Plakat der freien Gewerkschaften zur Versammlung von 7 nicht der Drucker drauf steht. Ich bitte diesen gütigst geordnet ermitteln zu wollen. Aug. Stings.“ Die Polizei war wohl oder übel gezwungen, auf diese Denunziation hin die Strafverfolgung einzuleiten. Da sie sich nun auch von dem preßgeheißlichen Vergehen überzeugen mußte, erschien nach einigen Tagen ein Kriminalbeamter bei Herrn Stings und verlangte von ihm, er solle der Polizei ein Plakat verschaffen. Nun aber war guter Rath theuer. Die Plakate an den Plakatafeln in der Stadt waren schon überklebt. Herr Stings ging daher auf die umliegenden Dörfer und erwirkte auf einem Telegraphenpostamt ein corpus delicti, das er triumphirend der Polizei übermittelte. Aber, o Graus! die Berechnung ging fehl. Nach dem Preßgesetz ist in diesem Falle nur der Drucker strafbar. Der Einberufer der Versammlung, welcher getroffen werden sollte, ging frei aus. Die Polizei belegte den Drucker nur mit einer Strafe von M. 3. Herr Stings aber hatte die Ehre, die bekannten Schiller'schen Worte vom Denunzianten auf seine werthe „christliche“ Person zu beziehen. Das Schönste aber bei der ganzen Sache ist: Herr Stings ist Mitglied vom katholischen Gesellenverein und der denunzierte Plakatur Drucker Ehrenmitglied desselben. Da sollte der Verein nicht säumen, dem Herrn Stings möglichst bald ein Ehrendiplom für die Denunziation eines Ehrenmitgliedes zu verahfolgen.

Geweihte Vereinsfäden und rothe Kranzpende. Im „Deutschen Holzarbeiter“, dem Organ der christlichen Tischler, befindet sich eine Notiz unter obigem Stichwort, die wir in einem Punkte als ungebührlich bezeichnen müssen. Werden da auf einem Friedhof zwei Mitglieder konfessioneller Arbeitervereine zur letzten Ruhe gebettet. Als nach der kirchlichen Zeremonie die Fahnenträger den Verstorbenen den letzten Gruß ins Grab jenten, legt ein Vertreter des Deutschen Metallarbeiterverbandes einen Kranz mit rother Schleife mit einigen Widmungsworten an Grabe nieder. Daß sich die geweihte Fahne und das Abzeichen der sozialdemokratischen Gesinnung, die rothe Schleife, am Grabe begeben, hat den Einjender aus der Fassung gebracht. Er schreibt: „Nach solchen Erfahrungen dürfte es unjeres Erachtens nichts schaden, wenn man in diesen Vereinen eine Säuberung vornehmen würde. Lieber eine etwas kleinere Anzahl von Mitgliedern, als solch zweifelhafte Elemente, die man bei ernstlichen Aktionen für eine gemeinsame Sache doch nicht gebrauchen kann.“ Was hat denn der Verstorbene verbrochen, daß man ihn nach seinem Tode indirekt schmähen muß? Er war neben seiner Mitgliedschaft in seinem katholischen Arbeiterverein noch Mitglied einer Gewerkschaft und zwar des Deutschen Metallarbeiterverbandes. War der Verstorbene, und sind diejenigen Mitglieder katholischer Arbeitervereine, wenn sie einer nicht christlichen Gewerkschaft angehören, deshalb zweifelhafte Elemente, Leute, auf die bei gemeinamer Arbeit nicht zu rechnen ist? Kollege Stegerwald, einer solchen vagen Verdächtigung hätten Sie in Ihrem Blatte nicht Raum geben sollen. Sie betonten schon öfter den neutralen Charakter der Gewerkschaften; neutral ist das aber nicht, wenn Sie die konfessionellen Vereine von Mitgliedern säubern wollen, die außerdem noch einer nicht-konfessionellen Gewerkschaft angehören. Das Umgekehrte zu thun, fällt dem neutralen Metallarbeiterverbande garnicht ein, ihm war das katholische Arbeitervereinsmitglied ebenso viel werth, als die Mitglieder anderer Konfessionen. Er erweist eben jedem verstorbenen Mitgliede die gleiche letzte Ehre durch eine Kranzpende. Daß dieselbe nun in diesem Falle gerade das sozialistische Abzeichen trug, mag seine besondere Bewandniß haben und sicher der Gesinnung des Verstorbenen angepaßt gewesen sein. Im Uebrigen meinen



wir, hat die rote Schleife mit der geweihten Fahne nichts zu thun, ebenso wenig wie die sozialdemokratischen Grundsätze etwas mit den verschiedenen Konfessionen gemein haben. Sollte die Fahne durch die Begegnung mit der roten Schleife entweiht sein, wird der Kranzträger das nicht ändern können, dann muß sich der katholische Arbeiterverein eben eine andere anschaffen, sie dann aber nach der Einweihung ruhig im Schrank verwahrt halten, es wäre sonst doch gar zu leicht möglich, daß sie nicht nur durch die Begegnung mit einer roten Kranzschleife, sondern gar durch einen sozialistisch gefärbten Träger entweiht werden könnte. Im Zeichen des Fortschrittes und der Entwicklung, Kollege Stegerwald, ist eben Alles möglich.

**Einer, der die Tischlerei auf die Beine bringt.**  
Als der Handelsminister, „der liebe lange Möller“, vor einiger Zeit die Holzbearbeitungsfabrik von Wendig & Söhne in Königsberg besuchte, wurde zum Beweise, was der maschinelle Großbetrieb (für den Möller sich jederzeit interessiert hat) in der Holzbearbeitung leisten könne, eine Vierfüllungstür in seiner Gegenwart in 22 Minuten fix und fertig auf der Maschine hergestellt. Einen kleinen Krater hat die Tatsache, daß der handwerksmäßige Betrieb an den fabrikmäßigen nicht klagen kann, vermaßen gebührt, daß er sich entschließt, der Welt zu beweisen, daß dem Handwerk noch Keener an die Wimpern klumpen kann. Er stellt sich mit seinen drei Gesellen nach Feierabend hin von 1/27—1/29 Uhr und eine Vierfüllungstür ist fertig und „zwar tadellos sauber“. Er schreibt dann dem „Deutschen Tischlermeister“: „Sollten Sie an der Wahrheit des Gesagten zweifeln, so können Sie ja den Herrn Minister zu mir schicken, ich will ihm dann die Sache nochmals vormachen. Sie sehen also, so sehr ist uns die Großindustrie doch noch nicht über.“

Der Herr Emil Fischeke aus irgend einem Hofemüdel ist ein fixer Kerl gewesen in den zwei Stunden und seine Gesellen auch; macht zusammen acht Stunden, die sie an der Thür gearbeitet haben. Ungefähr so lange brauchten die Hamburger Thürschleifer auch, um eine Vierfüllungstür vor der Hand fertig zu machen und dennoch kam die Handarbeit auf den Hund. Heute werden die Thüren zu 1/2 von den Maschinen fertig geliefert und den Gesellen bleibt der Rest. Warum bemühen die Tischlermeister die Maschinen, warum boykottieren sie dieselben nicht, um das Handwerk zu schützen? Wer heute noch glaubt, daß das Handwerk sich neben der Großindustrie behaupten könne, dem ist — nicht zu helfen.

**Lohnabzüge im Tischlergewerbe sind an der Tagesordnung.** Jetzt greift die Inflation auch auf die besseren Firmen über. Eine der vornehmsten, die Firma C. Wuhl in Breslau, hat dieser Tage auch bei den ältesten ihrer Arbeiterlohnherabsetzungen um 13 bis 16 Prozent vorgenommen. Die Stundenlöhne sind von 46 resp. 35 3 auf 40 resp. 30 3 herabgedrückt. Dabei hat die Firma Wuhl wohl die vornehmste und zahlungsfähigste Rundschau. Ist doch ihre Spezialität die Herstellung von Kirchengeneinrichtungen, Altären, Beichtstühlen, Heiligenfiguren usw.! Und an dieser Arbeit fängt man zu sparen an? Sind das die „Christfest“-Freuden, die die Kirche den Arbeitern bescheert? Oder trägt Herr Wuhl allein die Schuld daran? Wir hoffen, daß diese Heilen Herrn Wuhl daran erinnern, daß es einer vornehmen Firma sehr schlecht ansteht, in Zeiten wirtschaftlicher Beschränkungen Lohnreduzierungen vorzunehmen, wenn auch die Firmen Härtschel und Zwienen ihm mit „gutem“ Beispiel vorgegangen sind. Vornehme Firmen kürzen nur die Arbeitszeit, wenn es unumgänglich notwendig, aber nicht die Löhne.

**Was die Stockfabrik in Ringersheim, Direktion Herr Kaufmann, für Bedingungen stellt, unter denen ein Arbeiter bei ihr Gnade findet.** Einem Drechsler, der um Arbeit angefragt hatte, läßt Herr R. schreiben:

(D r f), im November 1901.  
(Adresse.)

„Sie können bei uns eintreten, nur wenn Sie erstens kein Mitglied des sogenannten „Holzarbeiter-Verbandes“ sind und nur wenn Sie ein tüchtiger Stockmacher (Freiier, Kapsler sowie Handraspler) sind; wir können Ihnen, wenn Sie diese Konditionen erfüllen und ruhiger Mann bleiben, gern eine Lebensstellung verschaffen.“  
(Firmenstempel.) Achtungsboll Kaufmann.“

Der betreffende Arbeiter hat darauf verzichtet bei der „jogenannten“ Tischlerischen Dampfdruckerei und Spazier- und Schirmstockfabrik G. m. b. H. anzufangen, nicht weil er die „Kondition“ (Bedingung), soweit sie seine sachliche Qualität betrifft, etwa nicht erfüllen konnte, sondern weil er erstens nicht nicht aus dem „jogenannten“ G. B. austreten will und zweitens nicht garantieren kann, daß er bei eventuellen Abzügen vom Lohn und von Akkordpreisen, und bei Verhängung mancher anderen eventuellen Maßnahmen, die dem Herrn R. einmal durchzuführen einfallen könnten — „immer ein ruhigen Mann bleiben“ wird.

**Die Waggonfabrik S. Fuchs u. G., Heidelberg,** hat im letzten Berichtsjahre bei einem Aktienkapital von M. 1 500 000 nach Abzug sämtlicher Unkosten sowie von M. 27 564 (M. 26 270) Abschreibungen einschließlich Vortrag und sonstiger Einnahmen, einen Reingewinn von M. 214 688 gegen M. 201 124 im Vorjahr erzielt. Hieraus gelangt eine der vorjährigen gleiche Dividende von 8 pZt. zur Verteilung, während dem Spezialreservefonds M. 20 000 (0) überwiesen und M. 52 742 (M. 28 867) vorgetragen werden (im Vorjahr wurden M. 20 000 auf Transferrückstellungen extra abgeschrieben). Die Waggonfabrikation muß noch gar kein schlechtes Geschäft sein, trotz der unglücklichen Geschäftskrise für die — Aktionäre allerdings. Wenn den Arbeitern mit Rücksicht auf den „schlechten Geschäftsgang“ für die Firma noch nicht die Löhne gekürzt sind, können sie von Glück jagen.

**Die Uhrenfabrik Billingen, A.-G., Billingen,** hat sich anscheinend gegen das vorliegende Geschäftsjahr, das mit einem Defizit von M. 21 802 abschloß, wieder erholt. Es hat im verfloßenen Geschäftsjahre nicht nur die Unterbilanz ausgeglichen werden können, es ist auch noch ein Reingewinn von M. 10 952 erzielt worden, welche Summe als Vortrag auf das nächste Jahr gebucht wurde. Für die Aktionäre, die zusammen über ein Aktienkapital von M. 560 000 zur

Verfügung stellen, ist ein Baargewinn nicht herausgekommen. Hoffentlich nagen die Bedauernswerten noch nicht am Hungertuche, wie viele Uhrenarbeiter in Billingen.

### Gewerkschaftliches.

**Die dritte (außerordentliche) Generalversammlung des Verbandes der Graveure, Bijeleure zc.** fand in der dritten Woche des November in Stuttgart statt. Dieselbe hatte sich im großen Ganzen notwendig gemacht infolge erheblicher Konflikte zwischen der Filiale Berlin des Verbandes und dem Verbandsvorstand. Die Erörterungen über diese Frage, die die Hauptzeit der Generalversammlung in Anspruch nahmen, haben für uns nur geringes Interesse. Ein Antrag auf Erhöhung der Beiträge wurde abgelehnt. Als erster Vorsitzender des Verbandes wurde Brückner-Berlin wiedergewählt; ebenfalls bleibt der Sitz des Verbandes in Berlin, der der Kontrollkommission in Stuttgart. Die nächste Generalversammlung findet in Köln statt

### Polizeiliches und Gerichtliches.

**Polizeikampf gegen die Gewerkschaften.** In einer Ortschaft bei Dortmund verbot ein Polizeibeamter während der Versammlung Petroleumlampen zu verwenden, er wollte, das Taglichte angezündet würden. — In einem Orte Oberschlesiens war es dem Polizeibeamten neben dem elektrischen Licht und einigen brennenden Taglichtern noch nicht hell genug, er verlangte statt der letzteren Petroleumlampen.

Wegen des Todestestes untersagte die Polizei in Eberswalde eine auf den 24. d. M. angeetzte Agitationsversammlung des Gewerkschaftsbereichs der Deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter, trotzdem kürzlich das Kammergericht auf's Bestimmteste entschieden hat, daß wieder am Charfreitag nach an anderen kirchlichen Festtagen die Handhabung des Vereinsgesetzes lediglich mit Rücksicht auf die besondere Natur dieser Festtage eingeschränkt werden dürfe.

In dem Städtchen Magnit (Ostpreußen) haben fin-dige Beamte schon eine ganze Zeit lang der Arbeiterbewegung allerlei Hindernisse in den Weg gelegt. Einzigartig ist ein Verfahren gegen die Leiter der dortigen Zahlstelle des Verbandes der Fabrik-, Land- und Hülfarbeiter. Im Sommer lud der stellvertretende Bürgermeister von Setten der Reihe nach eine größere Anzahl Arbeiter zur Vernehmung vor und befragte sie, ob sie Mitglieder der genannten Organisation wären. Von den Leuten haben Einige in der Verwirrung, Andere vielleicht aus Furcht vor Nachteilen ihre Mitgliedschaft bestritten. Die Vernehmungen hatten zur Folge, daß dem Verbande eine Anzahl Mitglieder verloren gingen. Auf den unter so eigentümlichen Umständen erhaltenen Aussagen baute Herr von Setten weiter. Er verlangte, daß ihm ein Mitgliederverzeichnis eingereicht werde. In diesem Verzeichnis suchte und fand er nun Leute verzeichnet, die ihm erklärt hatten, nicht Mitglieder zu sein. Darauf wurde gegen den Kassier Schulz wegen Führung einer falschen Mitgliederliste Anklage erhoben. Das Schöffengericht verurteilte den Genannten auch tatsächlich zu M. 15 Geldstrafe und die Kosten. Ein Zeuge hatte vor Gericht ausgesagt, daß er Schulz mitgeteilt habe, er werde nicht zahlen. Da der Name dieses Mannes aber in der dem Bürgermeister i. B. eingereichten Liste stand, sei das Verzeichnis falsch gewesen. Gegen das Urteil ist Berufung eingelegt.

In Breslau hatte die Stadtbehörde die Erlaubnis gegeben, daß im Gewerkschaftshause Grog, Kognak usw. geschänkt werden dürfte. Das war dem Polizeipräsidentium nicht recht und es begründete seine Verurteilung gegen die Erlaubnis wie folgt:

„Wenn die Gewerkschaften „ein eigenes Heim“ (die [...] Gänsefüßchen stehen im Original. Red.) haben wollen, so ist ihnen dies nicht verwehrt, sie müssen sich dann aber den Beschränkungen, welche sich für den Schankbetrieb in ihrem Heim aus allgemeinen (?) Gesichtspunkten ergeben, unterwerfen. Es ist ihnen unbenommen, wenn auf den Genuß von Spirituosen so großer Wert gelegt wird, andere für ihre Zwecke gleich geeignete und in hiesiger Stadt in allen Stadtteilen in genügender Zahl vorhandene Lokale aufzusuchen. Keinesfalls kann aus dem Verlangen einer, wenn auch zahlreichen, Gesellschaftsklasse oder einer Mehrzahl von Vereinen ohne Weiteres ein öffentliches Bedürfnis zum Spirituosenhandl hergeleitet werden. Auffallend (1) bleibt außerdem der Antrag, nur feinere Spirituosen zum Ausverkauf zuzulassen, wo als Konsument doch im Wesentlichen der Arbeiterstand im Betracht kommt, welcher eher zum Genuß gewöhnlicher Spirituosen neigt. Hier liegt die Annahme (11) nahe, daß nach Erlangung der beantragten Konzession alsbald die Erlaubnis zum Branntweinausverkauf erbeten würde, wozu ein Bedürfnis ebensowenig anerkannt werden könnte.“

Die „Volkswacht“ bemerkt dazu treffend: „Es ist ja ohne Weiteres klar, daß der einzige Zweck der Verurteilung der Breslauer Polizei nur der sein kann, die Existenzfähigkeit des Gewerkschaftshauses in Frage zu stellen. Daß gerade der Arbeiterstand zum Genuß gewöhnlicher Spirituosen geneigt sein soll, ist ein wirklich rührendes Zeugnis Breslauer Polizeimeisheit und garnicht ganz uninteressant; denn es wird indirekt damit anerkannt — die Polizei muß es ja wissen —, daß die „besseren“ Kreise zum Genuß besserer Spirituosen hingenen entsprechend ihrem größeren Geldbeutel.“

### Technisches.

**Eine Ausstellung des schlesischen Kunsthandwerks** ist in Breslau im Museum für Kunstgewerbe veranstaltet. Unter sonstigen Gegenständen sind auch Möbel ausgestellt. Anscheinend ein Fachmann der Möbelbranche bringt in der „Bresl. Volksw.“ einen kurzen Bericht, dem wir folgende Schilderung über die ausgestellten Möbel entnehmen: Ein Speisezimmer in Eiche ist von Gebrüder Bauer ausgeführt. Es macht einen prunkhaften, fast prozigen Eindruck, kann aber höheren künstlerischen Ansprüchen nicht genügen. Wir

sprechen hier nur vom Gesamteindruck des Interieurs. Im Einzelnen findet sich manch Gutes, neben Manchem, das auch bei anderen Ansprüchen kaum genügt. Der originell sein sollenden Form zu Liebe wird oft Schönheit und Bequemlichkeit vernachlässigt.

Von der Firma Martin Kimmel sind vier Interieurs hergestellt: Ein gotischer Raum, der Bruchteil eines Wohnzimmeres, der Bruchteil eines Speise- und Wohnzimmeres und der Bruchteil eines modernen eingerichteten Salons. Die Zusammenhäufung so vieler Dinge auf einen verhältnismäßig kleinen Raum beeinträchtigt den Gesamteindruck erheblich. Aber auch die angestellten Möbel können einzeln und in ihrer Zusammenstellung keinen Anspruch auf höhere Wertung machen. Es sind hübsch erdachte und nett ausgeführte Sachen. Besonders aufmerksam gemacht wird vom Aussteller, der sich extra gedruckte „Gedanken bei der Ausstellung“ leistete, auf die Behandlung der Decken und Wände. Im gotischen Räume sind die Füllungen derselben mit einer von ihm geschältem Holz furnierten Tapete bedeckt. Im Wohnzimmer sind Decke und Fries der Wände aus plastischer Tapete (Signonur), während in den anderen Räumen die Lauprie aus Holzfurnier besteht, einmal Mosaik behandelt und ein anderes Mal die Holzmaserung benutzt.

Von dem Herrensicher der Firma Kubele gibt noch mehr das, was schon vom Speisezimmer der Gebr. Bauer gesagt wurde. Es ist prunkhaft, aber es fehlt ihm die Traulichkeit, das Anheimelnde eines wirklichen Wohnzimmeres. Die in grau gebeizter Eiche ausgeführten Möbel sind unbedeutendlich unpraktisch und unbequem. Der Schreibtisch z. B. ist das Muster eines Schreibtisches, an dem auch mit dem besten Willen niemand arbeiten kann; der Bücherschrank nimmt sehr viel Platz ein, aber Bücher kann man darin kaum aufbewahren zc. Die Ausföhrung der Arbeiten an sich verdient dagegen durchaus Anerkennung.

Von dem Herrensicher in gebeizter Eiche, das die Firma B. Zwiener ausstellte, ist nichts zu sagen. Es ist eine Zimmereinrichtung, wie sie jede wohlaffortierte Möbelhandlung jederzeit und Jedermann offeriert.

Die Firma Julius Koblinsky hat eine Junggefellens-Bahnung, einen Schlafraum und einen allerdings recht unvollständigen Wohnraum ausgestellt. Wir wandelten mit wahrem Behagen in diesem Junggefellensheim umher. Da ist fast Alles bei ungehörter Einfachheit wirklich schön und dabei so traulich und praktisch, so bequem. In solchem Schreibtisch kann man schaffen, er ladet geradezu ein zum Arbeiten, wie die Stühle zum behaglichen Sitzen laden, das Lotterbett zum süßen Träumen verführt. Alles ist aus einem Guß, aus einem originellen Geist geschaffen. Auch der Schlafraum aus poliertem Birnbaum, der schöne Kleiderschrank mit Intarsien aus Rosenholz und anderen edlen Hölzern, einer prächtigen Waschtische und einem originellen, für ein Herrensicherzimmer etwas raffinierten Toiletentisch zeigt den trefflichen, selbstschaffenden Künstler.

### Briefkasten.

**Großschachtel, F.** Das Bemerkenthefte in Ihrem Bericht ist, daß bloß 25 Mann zur Versammlung gekommen sind, und Sie mit Rücksicht auf den „Darwinismus“ Vortrag einen größeren Besuch erwarteten hätten.

**Böbenis, R.** Hatte schon davon aus der „Schlesischen Volksztg.“ Notiz genommen. Gruß A. R.

**Schönigen, S. S.** Ihre Mahnung dürfte keine Wirkung haben. Wenn die dortigen Mitglieder nicht begreifen können, was schon die nicht mit Menschenverstand begabten Thiere zu erfassen vermögen, dann ist das tief bedauerlich und es ist am besten, man läßt sie laufen.

**Sameln, S.** Kollege L. aus J. wird hoffentlich einen kurzen Gesamtbericht über seine Agitationsstour geben und auch darin erwähnen, daß er in Sameln war. Weiteres enthält Ihr Bericht auch nicht.

**Bernau, S. B.** Sie haben Recht, wenn Sie den dortigen Kollegen raten, die deutsche Zippelmüge von den Ohren herunterzuziehen, damit sie sehen und hören, was um sie her vorgeht. Hoffentlich wird Ihnen eine stark besuchte öffentliche Holzarbeiterversammlung den Beweis bringen, daß die Kollegen in Bernau noch nicht ganz verjumpt sind.

**Berlin, S.** Wir schließen uns der Ansicht S. S. an.

**Berga, F. C.** Bimstein erhalten Sie bei W. Buttlich, Berlin O, Blumenstr. 43, Sattler & Co Nachflg. in Lüneburg. Guido Kretschmar in Merchau liefert Naturbimstein und künstliches Bimsteinmehl. Madeln zu Groschen dürfen Sie bei Peartree & Co. in Berlin S, Rittersstraße 90, erhalten.

**Landau, S.** Sie dürfen eingelegte Fournire am besten bei Herrn Loose, Hamburg, Schmilinshytr. 58/60 erhalten. Alle Ihre Fragen lassen sich an dieser Stelle nicht beantworten.

**Landau, ?** Was sollen wir denn von dem Bericht veröffentlichen? Sie schreiben nichts weiter, als daß Kollege G. gut gesprochen hat und daß der S.-D. sich blamierte. Das ist aber doch nicht so wichtig und kommt überall einmal vor.

**Halle, G. W.** Jetzt, wo die Diskussion über die Arbeitslosenunterstützung ihren Anfang nimmt, möchten wir Sie bitten, doch lieber mit der Empfehlung von Kasengründungen der primitivsten Art jetzt zurückzuhalten. Wird die Arbeitslosenunterstützung beschlossen, was wir wünschen, dann erübrigen sich solche Kasen, wie diejenige, die sich in Halle gut bewährt hat.

**Bielefeld, R. S.** Wie Sie sehen, hat Kollege Lindner den Reigen eröffnet; so geht es fort. Nächste Nummer folgt Kollege Umbreit. Sie kommen vielleicht in Nr. 52 an die Reihe.

\* Wer nennt uns eine Bezugsquelle für Füllungen, hauptsächlich zu Anrichtern- und Küchenschränken; diese Füllungen sind aus Leinen gemalt, enthalten paffende Sprüche oder Land-schaften, größtenteils in Blau und weiß gehalten, und liegen hinter Glaschutz. Sind in Rheinland sehr verbreitet.

\* Koulissen sind bei der Firma G. A. Gerster in Mainz, Wallastr. 59, erhältlich.

Antwort zur Frage 5 aus Nr. 49:

\* Baneelborde liefert in guter Qualität der Bildhauer Friß Ruz in Stettin, Pruzstr. 5.

\* Plurgardobornmöbel und Baneelborde liefert in reichster Auswahl die Möbelfabrik S. Fritsche & Co. in Liegnitz.

\* Schach- und Mosenfourniere liefert Herr W. König, Holzmojaitfabrik, Berlin, Dieffenbachstr. 33. (Siehe auch Anzeige.)  
Weitere Auskünfte erbeten. Red. d. „Holzarb.-Ztg.“



**Versammlungs-Anzeiger.**

**Bergeborn.** Sonnabend, den 21. Dezember, Abends 8½ Uhr.

**Braunschweig.** Sonnabend, 21. Dezember, Abends 8½ Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Berder 32.

**Emden.** Donnerstag, 19. Dezbr., 5. Menthe.

**Hamburg.** Sektion der Drechsler. Sonnabend, den 14. Dezember, Abends 8½ Uhr, im Lokale der Wwe. v. Salzen, Caffamacherreihe. Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen Strunwe über: „Afford- oder Lohnarbeit“ 2. Wahl des Sektionsführers. 3. Werkstattangelegenheiten und Verschiedenes. Die Kollegen werden ersucht, pünktlich zu erscheinen, da präzise angefangen wird. Der Sektionsführer.

**Mün.** Sektion der Stellmacher. Samstag, den 21. Dezember, im Lokale des Herrn Unkelbach, Gereonswall 4.

**Münster.** Sonnabend, den 14. Dezember, Abends 8½ Uhr, im Lokale des Gastwirts Fr. Hentel, Hinterstraße.

**Anzeigen.**

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**

Der Tischler Friedrich Böhmke, Buch-Nr. 79071, geb. am 22. 10. 1873 zu Lübbichow, wird hiermit aufgefördert, seinen Verpflichtungen der hiesigen Zahlstelle gegenüber nachzukommen. Die Kollegen werden ersucht, denselben hierauf aufmerksam zu machen und Nachricht an unterzeichnete Adresse gelangen zu lassen.

**Ernst Kube, Bevollmächtigter, M a u n d o r f b. Ruhland.**

**Sterbetafel**

des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

**Joh. Hunderscker,** Schreiner, geb. 4. 1. 57, gest. 1. 12. 1901 an der Proletarierkrankheit zu München.

**Heinr. Dannenberg,** Tischler, geb. 18. 8. 57 zu Gorow, gest. 1. 12. 1901 an Lungenerkrankung zu Gr.-Vorfeld.

Ehre ihrem Andenken!  
Die Ortsverbände.

**Möbelpolierer.**

Unentgeltlicher Arbeitsnachweis d. Verbandes der Möbelpolierer.

Geschäftsstelle: **H. Schulz, Berlin O, 34, Remelerstr. 60 a.**

Der Vorstand.

**Wilh. Büttsch,** Tischler aus Hildesheim, sende Deine Adresse an Deinen Kollegen **Alb. Gebauer, Frankfurt a. M., Hanauerlandstr. 72, 2. Et.**

Ein tüchtiger Maschinenschreiner in dauernde Stellung sofort gesucht.

**W. Haverkamp, Dampfhammer, Matzloh, Kr. Ruhrort.**

**Für Tischler!**

Suche für meine Tischlerei mit flottem Möbelhandel einen intelligenten Tischler als Pächter. Etwas Kapital erforderlich. Sichere Existenz. Lebhaftige Industriestadt der Niederlausitz. Offerten unter **T. 20** befördert die Expedition d. Blattes.

Suche für sofort einen tüchtigen Särstenermachergehülfen.

**Wwe. Fr. Moog, Sagen i. B.**

Suche mehrere tüchtige, jüngere Korbmachergehülfen auf Schwingen und Ballon.

**Rich. Thieme, Korbwaarenfabrik, Corbetha-Bahnhof.**

6-8 tüchtige Korbmachergehülfen auf Ballons, à 30  $\frac{1}{2}$  Arbeitslohn, nur einjähriges Holz zu verarbeiten, umgehend gesucht.

**Budig, Werkführer.**

**Neubrandenburg, Krämerstr. 6.**

Gesucht per sofort fünf tüchtige Arbeiter auf Klein- und Großgeschlagene, sowie Gefellarbeit. Dauernde Stelle bei hohem Affordlohn. Wer? sagt die Expedition dieser Zeitung.

Suche sofort zwei tüchtige, junge Korbmachergehülfen auf Matt und geschlagene Arbeit gegen hohen Lohn.

**Georg Conradi, Korbmacher, Schwaneheim a. M.**

2-3 tüchtige Korbmacher sucht auf geschlagene Arbeit bei gutem Lohn und dauernder Beschäftigung **Johann Friedrich, Frankfurt a. M., Vogelbergstr. 18.**

Tüchtige Korbmachergehülfen auf gemattete Kohlenkörbe usw., erhalten dauernde Beschäftigung bei **A. Fröbel, Stettin, Lastadie 72.**

**Holzmosaik** für Möbel, Kästen, Tische usw., fertigt **Wilh. König, Berlin, Dieffenbachstr. 33.**

**Holzbohrer ohne Klappe u. Keil**

(Deutsches Reichspatent Nr. 88 696) zum Abputzen von feinstem Majerfournier, zum Kröpfen und zu jeder anderen Abputzarbeit.

**Rich. Gebel, Dahme i. d. Mark.**

Ausdrucken und aufbewahren!

**Achtung! Kollegen!**

Sendet M. 2 an **Otto Hänel, Colbitz i. S.,** dann bekommt Ihr die beste Trockenraucher-Weise (D. R.-G.-M.), ang. mit dem unzerbr. Papierkopf „Klub“ (D. R.-G.-M.) franko zugeandt.

**Reelle Zigarren-Offerte.**

Offizieren den Genossen unsere vorzüglichen Fabrikate in den Preislagen von M. 26 bis M. 100 pro Mille. Musterlisten zu Diensten.

**Rösler & Hofmann, Zigarrenfabrik, Sainewalde i. S.**

**Besser und billiger**

finden die Verbandsmitglieder keinen **Taschenkalender,** als den im Selbstverlag des Verbandes erschienenen

**Almanach 1902.**

Kalender, Notizbuch, Geschäftsbuch, Jahrbuch des Verbandes, Einnahme- und Ausgabebuch, Lohnbuch, Gesetzbuch, Legikon zc. in einer Gestalt, enthält der Almanach weiter werthvolle Aufsätze, welche für alle Mitglieder von großer Interesse sind. Ferner sei auf die große Reichhaltigkeit der statistischen Notizen, sowie der sachtechnischen Rathschläge hingewiesen.

Der Preis des Almanach beträgt, wie früher, in elegantem Leinenband **50  $\frac{1}{2}$  pro Stück.**

Wir machen die Mitglieder darauf aufmerksam, daß alle Lokalverbände den Almanach im Vertrieb haben. Bestellungen der letzteren sind zu richten an den **Verbandsvorstand, Stuttgart, Reinsburgstraße 57.**

**Genossen! Kauft nur den Meistbietenden!** „Solidarität“ von **Jean Blos, Strin bei Nürnberg.**

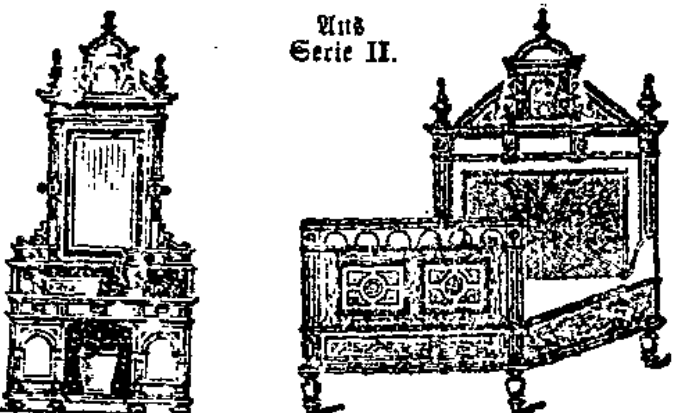
Als passendes Weihnachtsgeschenk sind zu empfehlen und durch die Expedition dieses Blattes zu beziehen:

**Entwürfe einfacher Binnereinrichtungen.**

**Serie I,** enth. 6 vollständige Einrichtungen auf 16 Tafeln, mit genauen Details, auf 6 Bogen. Größe 72:100. Preis M. 3.

**Entwürfe moderner Binnereinrichtungen.**

**Serie II,** enth. 6 vollständige Einrichtungen auf 16 Tafeln, mit genauen Details, auf 8 Bogen. Größe 72:100. Preis M. 3.



**Dübelisen** gezahnt, 8, 10, 12, 14, 16, 18mm, mit 8 passenden, echt amerikan. Dübelbohren, M. 7,50. Nach Wunsch in jeder anderen Weite. **Stanley's Ziehklingshobel** Nr. 80, M. 4, versendet gegen Nachnahme **Ernst Trimpop, Reimscheid-Sieperhöb.**

**Chr. Berghaus,**

**Dampffägewerk, Halle a. d. S.,**

übernimmt die prompte Lieferung von **weißen Ahorn-, Weißbuchen-, Linden- u. Erlenbrettern** in allen Stärken; desgleichen auch von **Quadratstäben zu Spazier- und Schirmstöcken** oder anderen Industrieartikeln.



**Georg Schuster, Marktstr. 265.**

Vorteilhafte Bezugsquelle für Musik-Instrumente und Saiten. Musikwerke aller Art. Versand unter Garantie. Catalog gratis u. frei.

Engros Preisliste franko! Versand

## Zigarren.

**Konkurrenzlos billig. Reellste Fabrikate.**  
**Billigste Bezugsquelle für Wiederverkäufer!**

**100 Stück Mark 3,75.**

Ferner empfohlen folgende Marken aus durchweg geschmackvoll zusammen gestellten hochfeinen Gewächsen in modernsten Façons:

Marianne .. 100 Stk. M. 2,50	St. Felix Drafl 100 St. M. 4,60	St. Andres Weg. 100 St. M. 5,-
Meine Sorte 100 " " 3,-	Medalla .... 100 " " 5,-	Mendoza .... 100 " " 5,-
Vera Cruz .. 100 " " 3,50	Flor de Braca 100 " " 4,75	Megicanos ... 100 " " 5,50
Aequatoria . 100 " " 4,25	Flor St. Felix 100 " " 5,-	Celestial .... 100 " " 6,50

**Weihnachtskistchen!** Nur gute Qualitäten in entzückenden Verpackungen, Kistchen à 25 und 50 Stück, pr. 100 Stück M. 3,-, 3,50, 3,75, 4,-, 4,50 zc.

**Versand:** Nicht unter 100 Stück v. einer Marke. — 300 Stück portofrei unt. Nachnahme. Nichtkonvenientes erbiten, auch angebrochen, auf unsere Kosten gegen Rückertattung des gezahlten Betrages zurück.

**Verkauf:** Bei Entnahme von 500 Stück gewähren 3 pZt., bei 1000 Stück 6 pZt. Rabatt.

### Czollek & Geballe, Zigarren-Engroslager,

**Berlin, Unter den Linden 20, Hof, 1. Etg.**

Tel.: Amt I. 502. Tel.: Amt I. 502.

**Man verlange Preisliste!**

**Weisst du Mutter!, was i träumt hab?**

So fragen jetzt die Kinder des Morgens beim Erwachen. Nun, was denn, mein Liebling, antwortet die Mutter. Ach, denke dir, liebe Mama, erwidert das Kind, ich träumte, es war schon Weihnachtsabend und das Christkindchen hatte mir eine von den neuen Diana-Drehorgeln gebracht, ich konnte die schönsten Weihnachtslieder, Choräle und Tänze unter meinem Weihnachtsbaum spielen und, nicht wahr, du sprichst mit dem Christkindchen, daß mein Traum und größter Weihnachtswunsch in Erfüllung geht.

Unsere neuen Diana-Drehorgeln haben schönes, schwarz-polirtes Gehäuse, solche sind mit 14 Stahlstimmen versehen, und überbieten dieselben durch ihren herrlichen und in Folge der Stahlstimmen ungemein starken Ton, sowie die gedachten, nicht gedachten, daher besseren Notenblätter die billigeren, nur mit Messingstimmen versehenen, anderweitig angebotenen Drehorgeln ganz bedeutend. Die Nachfrage nach diesen Diana-Organen ist deshalb kaum zu beschreiben, man bestelle daher schleunigst. Dieselben eignen sich selbst für größere Räume u. kosten nur 10 Mark incl. der sechs Notenblätter: „Stille Nacht“, „Am Weihnachtsbaum“, „Ich weiß ein Herz“, „Wir sind die Sänger von Finsterwalde“, „Rattenfänger-Walzer“, „Weißt du Mutter!“. Versandt gegen Nachnahme, Porto 80 Hfg. Intona-Drehorgeln 16 Stahlstimmen 41 Mk., mit 32 Stahlstimmen 16½ Mk., Ariso-Drehorgeln mit 24 Stahlstimmen 26 Mk., mit 48 Stahlstimmen 55 Mk. Katalog gratis. Kein Risiko, Umtausch oder Geld zurück, wenn unsere Instrumente nicht gut ausfallen.

**Herfeld & Compagnie, Neuenrade Nr. 591, Westfalen.**

## Hochfeine Nickel-Uhrkette (nie schwarz oder gelb werdend), pro Stück Mk. 2,50

zu 26 cm lang gegen Nachnahme.

Nr. 1249. Haupt-Katalog mit ca. 2000 Abbildungen umsonst und portofrei.

### E. von den Steinen & Cie., Wald Nr. 34, bei Solingen.

Stahlwaarenfabrik und Versandhaus.